

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 160 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 5/2008 VOM 1. MAI 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Vereinigte Bürgerbewegung**
verursacht Teilung
Die Trennung von der AfW

7 | **Schweyk in**
schwärzeren Gewässern
Privatisierung militärischer DL (1)

15 | **Mathematik mit**
Marx und Engels
Jahr der Mathematik

Chance oder moderne Sklaverei?

Stadtverwaltung Eberswalde will bis zu 600 Ein-Euro-Jobber beschäftigen

Mit einer harschen Kritik an den Amtsvorgänger des jetzigen Bürgermeisters beginnt die Sachverhaltsdarstellung einer Beschlußvorlage, über welche die Eberswalder Stadtverordneten in ihrer Aprilsitzung zu entscheiden hatten: »Seit Jahren ist eine systematische und konzeptionell ausgerichtete kommunale Beschäftigungsförderung, die an den Bedürfnissen und den Möglichkeiten in Eberswalde ausgerichtet ist, nicht feststellbar.« Trotz Konnaktur stagniert die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der Stadt Eberswalde bei etwa 2.700 Betroffenen. 2.700 Menschen, die weitgehend abgehängt sind vom sogenannten 1. Arbeitsmarkt. Die trotz des zunehmenden Fachkräftemangels kaum eine Chance zum Verkauf ihrer Arbeitskraft finden.

Ein Vertrag mit dem Job-Center Barnim soll nun Abhilfe schaffen. Schnell sollte es gehen und wie zu Zeiten des vormaligen Bürgermeisters innerhalb kürzester Zeit von den Gremien abgenickt werden. Nichtmal Zeit zur Behandlung im Sozialausschuß, der auch einen Beirat mit Hartz IV-Betroffenen hat, blieb nach den Plänen der Stadtverwaltung. Argumente für den Zeitdruck waren leicht zu finden. Trotzdem wehrte eine knappe Mehrheit der Stadtverordneten auf Vorschlag des Linken-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Sachse den Schnelldurchlaufbeschluß ab. Nun wird doch noch Gelegenheit sein, den Vertragsentwurf auch im Sozialausschuß zu beraten.

Inhalt des Vertrages ist die Regelung der »langfristigen Zusammenarbeit bei der Einrichtung und Durchführung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 16 Abs. 3 SGB II«, also »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung«, umgangssprachlich besser bekannt als sogenannte Ein-Euro-Jobs. Solche Ein-Euro-Jobs hatte die Stadtverwaltung bisher lediglich über externe Träger genutzt. Die Einrichtung oblag dezentral den Fachämtern. Die Stadtverordneten wurden darüber von Zeit zu Zeit informiert. Einen zusammenfassenden Überblick jedoch gab es nicht. Nun war zu erfahren, daß auf diese Weise in den vergangenen Jahren bei starken Schwankungen im Durchschnitt lediglich etwa 70 Arbeitsgelegenheiten realisiert wurden.

Das soll nun anders werden. Mit der erfolgten Einrichtung der »Projektgruppe Beschäftigungsförderung« soll die Einrichtung, Steuerung und Abrechnung der Beschäftigungsmöglichkeiten zentral begleitet werden. »Die Arbeitsgelegenheiten sollen z.T. unmittelbar in bestehende Strukturen der Ämter integriert werden (z.B. Hausmeisterhilfsdienste), überwiegend jedoch über eigene Projektstrukturen verfügen.« Die Betreuung dieser Projekte soll über befristete und öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse, wie z.B. ABM oder Kommunal-Kombi, erfolgen. Von nicht unerheblicher Bedeutung ist, daß die Sach- und Maßnahmekosten, bisher Grundlage für die Finanzierung der freien Träger, künftig bei der Stadt zur Kostendeckung beitragen kann. Die Proteste der freien Träger sind also nachvollziehbar. Allerdings ähnelt das eher dem Streit des einen Sklavenshalters mit dem anderen.

Denn am Wesen der mit Hartz IV eingeführten »Arbeitsgelegenheiten« bzw. Ein-Euro-Jobs hat sich nichts geändert. Es handelt sich um staatlich legitimierte Zwangsarbeit, um eine Form moderner Sklaverei. In der Anlage zum Vertrag wird beispielsweise definiert, daß die »Arbeitsgelegenheiten« u.a. der »Testung der Arbeitsbereitschaft – Verfügbarkeit für den 1. Arbeitsmarkt – tatsächlicher Hilfebedarf« zu dienen haben. Was auf freiwilliger Basis durchaus eine Hilfe für die Betroffenen wäre, wird durch den Zwangscharakter der Hartz IV-Gesetze ein Mittel zur Diskriminierung und Ausgrenzung.

Das Vorhaben der Stadtverwaltung, in den nächsten Jahren in Eberswalde 600 »Arbeitsgelegenheiten« einzurichten, ist also durchaus eine ambivalente Angelegenheit. Für viele Betroffene sind diese Ein-Euro-Jobs tatsächlich so etwas wie eine letzte Chance, der Entsozialisierung wenigstens vorübergehend scheinbar zu enttrinnen und den persönlichen Etat um ein paar Pfennige aufzubessern. Mit der Umsetzung des Vertrags würde sich der Kreis derjenigen, die eine solche Chance erhalten, deutlich erweitern.

Allerdings bleibt der Zwangscharakter, bleibt die faktisch kostenlose Nutzung der Arbeitskraft der Betroffenen – was für die Normalbeschäftigten eine Niedriglohnkonkurrenz bedeutet, bleibt die festgeschriebene Rechtlosigkeit der Ein-Euro-Jobber. Zumindest bei letzterem könnte die Stadt als Maßnahmeträgerin gestaltend wirken.

GERD MARKMANN

Heraus zum Ersten Mai!



Der 1. Mai 2007 sah hoch geschätzt 150 Teilnehmer der Maidemo. Am 1. Mai 2008, das kann schon jetzt als sicher gelten, wird die Arbeiterklasse in weitaus größerem Umfang auf die Straße gehen. Denn der Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse fällt in diesem Jahr auf Himmelfahrt. Dieser christliche Feiertag wird von den säkularisierten Arbeitern traditionell als »Vatertag« gefeiert und für Überland-Safttouren genutzt. Um die alltägliche Ausbeutung mal für einen Tag zu vergessen.

seit dem 28. April
in allen Rathäusern

Volksbegehren

für ein **SOZIALTICKET**

Schulpolitik mit dem Bagger

»Nach der Rückgabe der Albert-Einstein-Schule an die Stadt werden wir das Gebäude zurückbauen«, sagte Bürgermeister Friedhelm Boginski bereits im Februar. »Wir wollen verhindern, daß es als Opfer von Vandalismus zum Schandfleck im Viertel wird«.

Bürgermeister Boginski ist bekannt dafür, daß er Versprechen nicht auf die lange Bank schiebt. Am 16. Juli endet das Schuljahr. Bereits am 21. Juli soll die Schule leerräumt sein, damit die Bagger anrollen können. Fünf Tage, nachdem die letzten Schülerinnen und Schüler diese Schule verlassen haben.

Bald soll es nur noch zwei Oberschulstandorte in Eberswalde geben. Um alle Schülerinnen und Schüler aufnehmen zu können, bekommt die Westend-Oberschule Um- und Anbauten. Um Platz dafür zu schaffen, wurde dort bereits eine Sporthalle abgerissen. Der Schulsport findet in einer Gymnastikhalle und im Westend-Sportzentrum statt, bis eine neue Sporthalle gebaut ist. Die Erweiterungen sollen 2010 fertig sein. Für die Übergangszeit soll daher die frühere Schwesternschule in der Osietzky-Straße für den Schulbetrieb hergerichtet werden. Dort sollen die 9. und 10. Klassen der bisherigen Oberschule Mitte unterrichtet werden. Zwei weitere Oberschul-Klassen bleiben vorerst im Brandenburgischen Viertel in dem Mitte der 90er Jahre errichteten Erweiterungsbau der Albert-Einstein-Schule.

Verantwortlich für diese chaotische Schulpolitik in Eberswalde ist der Landkreis, welcher die Oberschulen sowie zwei Grundschulen von der Stadt übernommen hatte, nachdem eine knappe Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten Ende 2005 die Abgabe der Oberschulen beschlossen hatte. Die Fehlentscheidung wurde auch nicht rückgängig gemacht, als die katastrophalen Folgen für die Schullandschaft in Eberswalde deutlich zum Vorschein kamen.

Die Protestaktionen der Schülerinnen und Schüler der Einstein-Schule gegen die beabsichtigte Schulschließung, die breite Unterstützung fanden, gipfelten im Mai 2006 in einem elftägigen Schulstreik. Dieser ungeahnte Widerstand erfüllte offenbar die Damen und Herren Abgeordneten und vor allem die Verwaltungsspitzen im Landkreis und im Staatlichen Schulamt mit Angst. Alle Mittel wurden in Bewegung gesetzt, um den Widerstand abzuwürgen.

Nun, nach »Abwicklung« der letzten Einstein-Schüler, soll wohl jede Erinnerung an die Einstein-Schule und den Widerstand ihrer Schülerinnen und Schüler getilgt werden, indem das Gebäude in aller Eile platt gemacht wird. Nicht einmal die Nutzung als Übergangslösung bis zur Fertigstellung der teuren Ergänzungsbauten in Westend wird in Erwägung gezogen. Lieber werden weitere Steuergelder ausgegeben, um die Schwersternschule für den vorübergehenden Schulbetrieb herzurichten. Hauptsache die Einstein-Schule kommt weg – so schnell wie möglich.

GERD MARKMANN

Der DGB zum 1. Mai:

»Nur gute Arbeit ist sozial«

»Gute Arbeit muß drin sein« lautet 2008 das Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum 1. Mai 2008. Die Forderung nach Arbeit, die soziale Sicherheit schafft und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, steht im Mittelpunkt von bundesweit mehreren hundert Veranstaltungen.

In diesem Jahr fallen der internationale Tag der Arbeit und Christi Himmelfahrt auf den gleichen Tag zusammen. Das ist äußerst selten und wird sich erst in 160 Jahren wiederholen.

Grund genug für den DGB in der Region mehrere Veranstaltungen zu organisieren.

»Nur gute Arbeit ist sozial. Gute Arbeit muß drin sein - Arbeit, die soziale Sicherheit und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht« heißt es im DGB-Maiaufruf. Gemeint sind damit beispielsweise gute Löhne, mehr Sicherheit im Alter oder mehr Zeit für Familie und Kinder. In diesem Rahmen greifen die Rednerinnen und Redner auch die Themen auf, die für die DGB-Gewerkschaften in diesem Jahr ohnehin oben auf der politischen Agenda stehen: Leiharbeit, Altersarmut und Mindestlöhne.

Wir fordern angesichts explodierender Gewinne, Managergehälter und Dividenden kräftige Reallohn erhöhungen für alle Beschäftigten. Durch tarifliche Mindestlöhne, durch

Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz und einen generellen unteren gesetzlichen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro muß Lohndumping entschieden bekämpft werden.

Unter guter Arbeit verstehen wir auch gleiches Geld für gleiche Arbeit. Es ist ein Skandal, daß Frauen für dieselbe Arbeit in unserem Land immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer verdienen. Wir brauchen gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für Zeitarbeitnehmer, damit sie nicht länger als Dumpinglöhner und billiger Ersatz für Stammbeschafteten mißbraucht werden. Dafür setzen sich die Gewerkschaften Tag für Tag ein und stellen diese Forderungen in den Mittelpunkt der diesjährigen Maikundgebungen. Die Einzelgewerkschaften informieren umfassend dazu an ihren Informationsständen.

Für abwechslungsreiche Rahmenprogramme ist gesorgt: Springburgen, Bastel- und Spielstraßen, kulturelle Umrahmung mit Live Musik und vieles mehr laden die kleinen und großen Besucher ein. Für das leibliche Wohl ist bei allen Festen bestens gesorgt.

OLAF HIMMEL, DGB-Regionsvorsitzender

Der Aufruf des DGB zum 1. Mai 2008 findet sich im Wortlaut unter www.dgb.de/dgb/geschichte/erster-mai/mai2008/index.html.

Volksbegehren begonnen

Eberswalde (bbp). Im Zeitraum vom 28. April bis zum 27. August 2008 haben die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg die Möglichkeit, das Volksbegehren zur Einführung eines Sozialtickets mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Im Unterschied zur Volksinitiative sind die Unterschriften beim Volksbegehren nicht auf einer Sammelkarte, sondern in Abstimmungslokalen der Kommunalverwaltungen zu leisten. In den Amtsblättern der Kommunen sind die jeweiligen Abstimmungsorte aufgeführt. In Eberswalde wird im Bürgeramt im Rathaus (Breite Straße 42) ein Extra-Platz für das Volksbegehren eingerichtet. In den Außenstellen des Bürgeramtes der Stadtteilen sollen keine Möglichkeiten zur Unterschriftenabgabe geschaffen werden. Dort fehlten die technischen Möglichkeiten, um die vorgeschriebene Identitätsprüfung durchzuführen, teilte der Bürgeramtsleiter Helmut Herold auf eine entsprechende Einwohnerfrage in der StVV-Sitzung am 24. April mit.

Die erste Phase des Volksbegehrens wird bis zum 22. Mai gehen. An diesem Tag wird der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg über die Beschlussvorlage der Großen Koalition des Brandenburger Landtages vom 11. April zur Einführung eines Mobilitätstickets zum 1. September 2008 entschei-

den. Wird dieses positiv beschieden, wollen die Organisatoren die Rücknahme des Volksbegehrens beantragen.

Der Erwerbslosenausschuß beim ver.di-Bereich Uckermark-Barnim forderte inzwischen die ver.di-Mitglieder auf, sich am Volksbegehren zu beteiligen. Aus Sicht der Erwerbslosen müsse man allerdings kritisch anmerken, »daß das geplante Mobilitätsticket in den vorgeschlagenen Preissegmenten und undurchsichtig für die Anspruchsberechtigten kaum nachvollziehbar und selbst für Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner kaum erschwinglich ist«. Das Sozialticket solle, insbesondere im aktuellen Kommunalwahlkampf, nicht zum Spielball von parteipolitischen und -taktischen Interessen verkommen. »Deshalb wäre es sinnvoll, im Rahmen der Landtagswahlen 2009 von der zukünftigen Koalition, egal in welcher Farbenlehre, ein Sozialticket oder besser formuliert, ein Verkehrsbundsticket für sozial Bedürftige auf lokaler, regionaler und Landesebene zu einem Preis von höchstens 50% der jeweiligen Umweltkarte zu fordern und dies auch als Bestandteil in den Eckpunkten für Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Tages-, Wochen- und Monatskarten sind anzubieten und die Bedürftigen sollten frei und flexibel entscheiden können, welches Segment sie vor dem Hintergrund ihrer finanziellen Lage in Anspruch nehmen.«

Die verwanzte Republik

von Thomas Woßeng

Seit einiger Zeit ist es Mode geworden, mittels unserer Medien voyeuristische Blicke in fremde Wohn- und Schlafzimmer zu bekommen. Fernsehsender und you-tube-Jünger präsentieren immer häufiger Szenen aus dem Leben von sich oder dem Leben anderer. Der Zuschauer lehnt sich genüßlich an seine heimische Couch und zappt sich durch das Elend, was ihn selbst ja nicht betrifft, auf inszenierte Krawallszenen unserer Jugend, die er längst hinter sich gelassen hat, hinter Vorhänge, die sonst schöne Körper verbergen, die er heimlich bestaunen kann und vieles mehr. Das bringt schon seit Jahren eine sehr schlechte Konjunktur für Tittenshowanbieter auf DVD, im TV und für »Juttas« Bezahle-Cam im Internet. Da könnte mancher neidisch werden, selbst beim BKA und anderen staatlichen Stellen. All dieses Show-Gebahren hat seine Kunden. Es ist allgegenwärtig und hat einen gemeinsamen Nenner: Freiwilligkeit.

Doch scheint dies in höheren Kreisen mit einem Recht auf Voyeurismus verwechselt zu werden. Wie dieser Tage publik wurde, soll das Bundeskriminalamt (BKA) künftig Wohnungen von Verdächtigen auch per Videokameras überwachen dürfen. Solcherart Voyeurismus wäre staatlich lizenziert und nur zum Wohle von Ermittlern gedacht, die sich bisher schinden müssen, um an den heimischen Herd der Verdächtigen zu gelangen. Die Stasi mußte einst informelle Mitarbeiter anheuern und mit teuren Prämien vergüten. Zudem wird ja nicht billiger. Und zugegeben – daß ausgerechnet die Gewerkschaft der Polizei solcherart Ermittlungsregelung begrüßt – wundert mich selbst nicht im Mindesten! Auch ich denke preisbewußt und bequem.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht bisher immer wieder solchen zugegeben etwas merkwürdigen Ideen eine Absage erteilt, jedoch hat hier die Exekutive immer die Nase vorn. Es ist immer das gleiche Muster. Ewiggestrige Vertreter der Obrigkeit bestimmen scheinbar Ausnahmen über den staatlichen Mißbrauch von Grundrechten, und der Bürger darf sich hinterher dazu positionieren. Aber zurück zum Thema.

Die neuesten Bespitzelungsvorhaben könnten eher aus der Feder eines Erich Mielke stammen, als daß sie aus dem Schoße der Demokratie gekrochen wären. So sehen dies viele Demokraten, die sich nun berufen fühlen, ihre Meinung kund zu tun.

Die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger warf Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Innenminister Wolfgang Schäuble vor, mit »der Ausweitung präventiver Überwachungsmaßnahmen erneut die Ignoranz gegenüber den Grundrechten« zu offenbaren. Der Schutz der Pri-



vatsphäre werde durch die Möglichkeit umfassender Ton- und Videoaufzeichnung in Privatwohnungen zur Makulatur.

Der FDP-Politiker Gerhart Baum erwägt eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die geplante Befugnis des Bundeskriminalamts (BKA), in Wohnungen Überwachungskameras zu platzieren. Sollte das Parlament dem Gesetzentwurf, wie auf der Innenministerkonferenz in Bad Saarow beschlossen, zustimmen, werde er erneut vor Gericht ziehen, »um die von uns erstrittenen Entscheidungen zum Schutz der Privatsphäre gegen den Angriff des Gesetzgebers zu verteidigen«. Das Karlsruher Gericht habe einen Kernbereich privater Lebensgestaltung definiert, der von Datenzugriffen absolut geschützt sein soll. »Durch die geplanten Maßnahmen zur Videoüberwachung auch in Wohnungen Nichtverdächtiger ist dieser Schutz nicht gewährleistet«, sagte der frühere Bundesinnenminister. Der Gesetzgeber müsse sich fragen, »ob die Einbuße an Freiheit in einem angemessenen Verhältnis zum Gewinn an Sicherheit« stehe. Er sehe in dem Entwurf zur Ausweitung der BKA-Befugnisse einen »weiteren Schritt auf der Rutschbahn der sicherheitspolitischen Aufrüstung in den Präventivstaat zu Lasten der Freiheit«.

Die Linksfraktion kritisierte, der Gesetzentwurf »legalisiert den staatlichen Einbruch in die geschützte Privatsphäre«. »Davon betroffen können auch Personen sein, die andere Personen kennen, die wiederum noch andere Personen kennen, also letztlich alle«, erklärte die Linken-Abgeordnete Petra Pau.

Auffallend ist bei alledem, daß ausgerechnet unsere schönen bunten Medien vornehme Neutralität üben, wo sie doch sonst deutlich auf die Verteidigung der Freiheit erpicht sind. Gibt es hier eine nicht bemerkte Interessenskonformität? Mir kommt dabei der Gedanke,

daß unsere Medien wie auch der Normalverbraucher an sich grundsätzlich neugierig sind, nicht zuletzt muß es ja einen Grund dafür geben, warum sich das – sagen wir mal – öffentliche Spannertum derart entwickelt hat.

Hier könnte sich, wenn der Staat das (allgemeine Interesse am Aushorchen, Ausspionieren und Daten sammeln mit Wanzen anerkennen würde, ein neues Rechtsgebiet entwickeln: Das Wanzenrecht. Otto Normalverbraucher dürfte selbst entscheiden, wo er sein bestes Stück hinhält, wem er seine Frau zeigt, bei wem er hinter welcher Deckenleuchte seine Kamera anbringt. unzählige Rechtsanwälte könnten bei einer komfortablen Ausstattung der Regelungen über das BKA-Gesetz hinaus viel viel Geld verdienen. Das kostet alles kein Abonnement, keine Werbung, voraussichtlich auch keine Steuern (?), ist umweltfreundlich, in höchstem Maße sogar sozial, bringt den zeitgemäßen Thrill, und vor allem – es macht Spaß. Und ich persönlich bin ja bescheiden, und mir würde ja eine eigene Wanze reichen, bei der ich ganz genau wüßte, wie ich sie einsetze.

Doch nein – wie immer ganz typisch in diesen Fragen: Solch schicke Spielzeuge leistet sich nur der Staat exklusiv, damit seine lizenzierten Erfüllungsgehilfen bequem vom Sessel aus den Voyeur spielen dürfen. Die Bürger hingegen werden wie üblich in die zweite Reihe verwiesen und mit legal erworbenen Webcams eiskalt abgespeist. Das Fußvolk muß wie in alten Zeiten selber baggern, um seine Seele zu streicheln. Unverschämt! Ungerecht! Wo bleibt da der Fortschritt für alle?

Berichtigung

Auf der Seite 1 der April-Ausgabe ist uns in der Bildunterschrift zum Anti-Hartz IV-Protest am 29. März in Potsdam eine kleine Übertreibung gelungen. Bei den verkündeten 4000 Teilnehmern standen 1 für 10. Richtig ist also: »Etwa 400 Menschen nahmen an der Demonstration und den Kundgebungen teil.«

Nicht Größenwahn der Veranstalter vom Bündnis »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB) ist für diese Verzehnfachung verantwortlich, sondern ein Mitarbeiter der BBP-Redaktion namens Druckfehlerteufel, der sich mal mehr und mal weniger fleißig an jeder Bürgerpost-Ausgabe beteiligt. Wir bitten SBB und alle Leserinnen und Leser um Entschuldigung.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Anzeige

Mächtig im Internet

Wie die Eberswalder Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig (Die Linke) mitteilt, ist ab sofort als weiteres Angebot zur Information und Diskussion ihre Homepage im Internet abrufbar:

www.margitta-maechtig.de

Grundsatz: parteiunabhängig

Zu den Grundsätzen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde gehört die Parteiunabhängigkeit. Es versteht sich als Alternative zu den Parteien. Die im Bündnis mitwirkenden Mitglieder der Allianz freier Wähler e.V. (AfW) haben nun einen anderen Weg beschritten.

Dr. Spangenberg, der Vorsitzende des Vereins, versuchte das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde für das Zusammengehen mit den, wie er meint, »nichtetablierten« kleinen Parteien ein Wahlbündnis zu bewegen, um bei der Landtagswahl bessere Chancen zu haben. Im Februar 2008 legte er solche Vorstellungen im Bündnis dar, berichtete über die Gründung der »Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen« auf Initiative der Partei 50PLUS und empfahl die Mitwirkung in einer Listenvereinbarung »Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/50PLUS«. Wesentlich war ihm dabei auch: Diese Partei hat das Geld und wir haben die Leute. Das müsse man zusammenbringen.

Die von seinen Ausführungen überraschten Freunde des Bündnisses äußerten zunächst große Skepsis. In ersten Meinungsäußerungen wurde das Festhalten an der Parteiunabhängigkeit angemahnt. Verwunderung gab es auch darüber, daß der landesweite Zusammenschluß von Bürgerbewegungen an den Eberswalder Bürgerbewegungen vorübergegangen ist. Auf Frage nach den Mitwirkenden aus dem Landkreis Barnim nannte Dr. Spangenberg die Allianz freier Wähler und die Unabhängigen Bernau. Der Name Dr. Weßlau als früherer Schillanhänger sorgte für spitze Ohren bei den Freunden des Bündnisses.

Nationalistischer Anstrich

Als Dr. Spangenberg in der folgenden Bündnisberatung im März das Ansinnen erneut vortrug, gab es heftige Diskussionen. Inzwischen kannten die Bündnismitglieder das Programm der Partei 50PLUS – ein durch und durch neoliberaleres Programm mit eindeutig nationalistischem Anstrich.

Die kontrovers geführte Diskussion über das Projekt von Dr. Spangenberg und seiner AfW, zur Kreistagswahl schon mit dem Namen der Listenvereinigung anzutreten, während das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde auf eine Teilnahme an der Kreistagswahl verzichten oder sich der Listenvereinigung anschließen sollte, führte zum Abbruch der Beratung.

Aus dem Programm 50PLUS

- Schutz des deutschen Arbeitsmarktes...
- Schutz der einheimischen Industrie...
- Beendigung des lebenslangen Bezugs von Sozialhilfe, Ausnahmen nur bei Älteren und Kranken...
- Das vielerorts zum Ideal erhobene Weltbild der multikulturellen Gesellschaft ist höchst problematisch und konfliktgeladen. Es hat an unseren Schulen keinen Platz...
- Maßvolle, aber durchaus selbstbewußte Vertretung unserer eigenen, nationalen Interessen...
- Keine Geldleistungen an andere Staaten, ausgenommen Hilfsleistungen in Katastrophenfällen...
- Sie (die Entwicklungshilfe) ist bis auf humanitäre Aktionen einzustellen...
- Schaffung einer optimal ausgerüsteten und schlagkräftigen Berufsmarine...

Quelle: www.50PLUS-brandenburg.de

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Trennung von der AfW

Der Austritt der BKB/FW – Abgeordneten Madeja und Dr. Spangenberg aus der Fraktion Grüne/FW im Kreistag und Bildung einer gemeinsamen Fraktion mit den Unabhängigen war Veranlassung des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde, sich von diesem Schritt zu distanzieren (siehe nebenstehende Presseerklärung). Zur Trennung von den Vertretern der Allianz freier Wähler, die bis dahin im Bündnis mitgewirkt haben, war es schon vorher gekommen.

Bündnis bricht mit Allianz

Am 16. April führte Dr. Spangenberg eine separate Versammlung durch, zu der die meisten Mitglieder des Bündnisses gar nicht erst eingeladen wurden. Am 21. April beriet dann das Bündnis über den eigenen Antritt bei den Kommunalwahlen und über den inzwischen erfolgten Fraktionswechsel der BKB/FW-Kreistagsmitglieder von den Grünen zu den Unabhängigen. Die Bündnismitglieder distanzieren sich von der aktuellen Politik der AfW. Über eine entsprechende Presseerklärung (Seite 5) berichtete am 25. April auch die regionale Tageszeitung.

In Reaktionen auf die Presseerklärung des Bündnisses wird die vermutete Spaltung der Bürgerbewegungen durch das Bündnis beklagt. Tatsächlich erkennbar ist aber nur, daß sich die Allianz freier Wähler von den Bürgerbewegten entfernt hat. Nachdem es der AfW nicht gelungen war, das Bündnis auf ihren Kurs zu bringen, hat sie es bewußt auf den Bruch ankommen lassen. Es ist schon mehr als eigenartig, daß der AfW-Vereinsvorsitzende Dr. Spangenberg zu den Mitbegründern der »Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen« gehört und das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, zu dem Dr. Spangenberg gehörte, und die in ihm wirkenden Vertreter von 9 Bürgerinitiativen davon keine Kenntnis hatten. Auch als dann am 16. April in Eberswalde eine »Kreiskonferenz« der Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen (BVB) im Cafe Weidendamm stattfand, war das Bündnis nicht erwünscht und nicht eingeladen. Das kann man nicht anders interpretieren, als eine bewußte Spaltung durch die Initiatoren der BVB-Gründung.

BVB im Fahrwasser von 50Plus

Für das Bündnis ist die Bewahrung der Parteiunabhängigkeit eine Grundsatzfrage. Man kann und muß auch mit Parteien zusammenar-

beiten, wenn es in Einzelfragen Interessenübereinstimmung gibt. Aber dazu muß man nicht gleich eine gemeinsame Listenvereinigung für die Kommunalwahl gründen. Und wenn schon, warum dann ausgerechnet mit 50PLUS? Nach Aussagen zu inhaltlichen Übereinstimmungen mit 50PLUS sucht man bei den AfW-Aktivisten bisher vergebens. Aber bei einem Zusammenschluß müssen doch als erstes die Inhalte klar sein.

Bisher ist festzustellen, daß die Partei 50PLUS die Führerschaft in den Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen hat. Die Gründung erfolgte auf Initiative der Partei 50PLUS. BVB-Landeskoordinator ist Dr. Werner Müller, eben der Dr. Müller, der auch Landesvorsitzender von 50PLUS ist. Da stellt sich die Frage nach der Unabhängigkeit noch eindeutiger. Auch die Einladung zur »Kreiskonferenz« in Eberswalde erfolgte mit Unterschrift von Dr. Werner Müller.

(Wer ist Dr. Werner Müller? Ministerialdirektor a.D., dem Vernehmen nach soll er einmal für Willy Brandt Reden geschrieben haben, später aus der SPD ausgetreten und bei den REPs eingetreten sein. Man sucht vergeblich nach einer Vita des Herrn.)

Allianz – Partner von 50PLUS

In den Bündnisberatungen erweckte Dr. Spangenberg stets den Eindruck, daß es sich bei dem möglichen Zusammengehen mit 50Plus um ein Projekt handele. Als er damit auf Widerstand bei den Bündnismitgliedern stieß, schien er davon abzurücken und sprach nur noch von den Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen als Bezeichnung für den Wahlträger. Dabei hat er aber stets verschwiegen, daß er bereits am 10. Oktober 2007 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit von AfW und 50PLUS unterschrieben hat. Diese Vereinbarung wurde inzwischen (am 22.04.08!) auf die Homepage von 50PLUS gestellt. (Dort findet man auch Beiträge von Dr. Spangenberg und Johannes Madeja). Also geht Dr. Spangenberg zumindest seit dieser Zeit seine eigenen Wege, über die er seine engsten Eberswalder Mitstreiter im Bündnis hinwegtäuscht hat.

In der Auseinandersetzung mit der Allianz freier Wähler äußerten deren Vertreter Unverständnis, daß das Bündnis ihren Vorstellungen von »Vereinigung der Bürgerbewegten« nicht folgen wollte.

Basisdemokratisch und Konsensprinzip

Der angebliche Wille der AfW zur Vereinigung wird aber zur Farce, wenn sie ihre bisherigen Bündnispartner brüskieren, statt auf deren berechnete Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Dies wäre beim Bündnis im besonderen geboten gewesen, denn das Bündnis arbeitet basisdemokratisch nach dem Konsensprinzip: Entweder eine Entscheidung findet allgemeine Zustimmung oder wird nicht getroffen. Aber ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten und unter Verstoß gegen allgemeingültige Grundsätze demokratischen Zusammenwirkens wurden für das Zusammenwirken wichtige Entscheidungen eigenherrlich getroffen. Der Austritt aus der Fraktion mit den Grünen und Bildung einer Fraktion mit den Unabhängigen ist das jüngste Beispiel für ein Handeln vorbei am Wahlträger. Aber schon der Eintritt in die Fraktion der Grünen im Kreistag nach der Kommunalwahl und damit Verzicht auf die Bezeichnung BKB war eine solche eigenmächtige Entscheidung. Daß Dr. Spangenberg seiner Fraktion in der StVV den Namen seines Vereins »Allianz freier Wähler« gab, war eine ebensolche Eigenmächtigkeit, die das Ziel verfolgte, damit Werbung für einen künftigen (landesweiten) Wahlträger Allianz freier Wähler zu machen. Da wundert es auch nicht mehr, daß Dr. Spangenberg eine Vereinbarung mit der Partei 50PLUS unterschreibt, ohne dafür ein anderes Mandat als sein eigenes zu haben.

Bündnis gestärkt

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde bedauert, daß die Zusammenarbeit mit der Allianz freier Wähler keine Fortsetzung findet. Die Politik von AfW und BVB wird unter Bürgerinitiativen und Wählern Verwirrung stiften. Die Bürgerbewegungen, die sich der BVB anschließen, riskieren, dem falschen Propheten nachzulaufen. Das Bündnis selbst geht aus der Auseinandersetzung mit der Allianz jedoch gestärkt hervor und wird seinen Weg als offenes Bündnis weitergehen, neue Kräfte gewinnen und eigenständig zu den Kommunalwahlen 2008 antreten.

ALBRECHT TRILLER

»Bürgerbewegungen haben sich vereinigt«

Am 16.04.2008 kamen in der Eberswalder Gaststätte »Am Weidendamm« in Eberswalde Bürgerrechtler aus Eberswalde, Bernau, Britz, Chorin, Sandkrug, Hohenfinow, Niederfinow, Finowfurt, Wandlitz, Klosterfelde und Birkenwerder zusammen. Sie bekundeten, daß zur Kreistagswahl 2008 im Barnim die Bürgerbewegungen und Bürgerrechtler unter der Benennung »Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen« gemeinsam antreten wollen. Dabei ist

auch die kleine Partei »50 Plus«. Im Vorfeld dieser Zusammenkunft gab es zahlreiche Zustimmung hierfür von Bürgerrechtlern aus Hohensaaten, Stolzenhagen, Werbellin und Lunow, welche nicht am Treffen teilnehmen konnten. Es gibt Bemühungen, andere nicht-etablierte Parteien, wie die »Grauen«, die »Familienpartei«, für diese Listenvereinigung zu gewinnen.

Dr. G. SPANGENBERG, Allianz freier Wähler

Austritt der Freien Wähler aus der Faktion Grüne/Free Wähler

Diese Entscheidung ist unproduktiv

Der überraschende Austritt der zwei Abgeordneten der Freien Wähler aus der gemeinsamen Kreistagsfraktion Grüne/Free Wähler, der vermutlich für die letzten 3 Monate der Wahlperiode zu einer veränderten Zusammensetzung der Kreistagsausschüsse führen wird, ist unproduktiv. Wir hatten bisher eine konstruktive Zusammenarbeit und hätten diese gern bis zur Kommunalwahl im Herbst fortgesetzt. Daß die beiden Partner dann wieder selbständig antreten würden, war allen klar.

Der jetzige Zusammenschluß der Freien Wähler mit Abgeordneten aus bereits mehrmals umstrukturierten Fraktionen ist für uns

enttäuschend. Etwas anderes als Wahltaktik können wir in dieser Aktion nicht erkennen. Mehrfache Fraktionsneubildungen während einer Wahlperiode und das nochmalige Durcheinanderwirbeln aller Ausschüsse kurz vor der Neuwahl zeugen nicht gerade von politischer Kontinuität und Verantwortung.

Die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen werden sich auch für den Rest der Wahlperiode den Sachfragen widmen und sich für eine nachhaltige Entwicklung im Barnim und die Wahrung der Bürgerrechte einsetzen.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER,
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Glaubwürdigkeit in Frage gestellt

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hat auf seinem Treffen am 21.04. den Wechsel der über die Liste der BKB/Free Wähler in den Kreistag gewählten Abgeordneten Dr. Spangenberg und Madeja von der Fraktion mit den Grünen zu einer gemeinsamen Fraktion mit den Unabhängigen mit Befremden zur Kenntnis genommen.

Der Abbruch der Zusammenarbeit mit den Grünen im Kreistag hat allein wahltaktische Gründe und geschieht ohne Rücksicht auf den eigenen Wahlträger BKB. Dieser fragwürdige Akt stellt die Zuverlässigkeit und Glaubwür-

digkeit der beiden Abgeordneten in Frage...

Den Übertritt der Kreistagsabgeordneten Dr. Günter Spangenberg und Johannes Madeja zu den Unabhängigen bewerteten die Beratungsteilnehmer als ein Abrutschen nach rechts durch das Zusammengehen mit ehemaligen Mitgliedern rechter Parteien, was mit Zielen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde nicht vereinbar ist...

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde distanziert sich von der aktuellen Politik der Allianz freier Wähler und wird seinen Weg ohne die Allianz weiter gehen.

Gemeinsam geht es besser: AfW und 50 Plus vereinbaren Zusammenarbeit

Um die Kräfte der freien, unabhängigen Gruppen zu bündeln, haben AfW (Allianz freier Wähler) und 50 Plus eine enge Zusammenarbeit bei den anstehenden Wahlen vereinbart. Die Zersplitterung der Kräfte hat sich überdeutlich bei den Landtagswahlen 2004 gezeigt, bei denen die kleinen Parteien und unabhängigen Gruppen zusammen immerhin 7,7 Prozent der Zweitstimmen holten, die sich aber auf neun Gruppen aufteilen, sodaß keine einzige der Gruppierungen auch nur in die Nähe der 5-Prozent-Hürde kam. Der AfW gelang es zwar 41 000 Erststimmen zu gewinnen, blieb aber bei den entscheidenden Zweitstimmen mit 0,9 Prozent deutlich hinter den Erwartungen. 50Plus wiederum stellte keine Direktkandidaten auf, holte aber bei den Zweitstimmen 1 Prozent und kam so in die Parteienfinanzierung.

Die Vereinbarung:

1. Zur Verbesserung der Startbedingungen für die Landtagswahl 2009 wird je nach regionaler Möglichkeit bei der Kommunalwahl 2008 die Kreistagswahl als Listenvereinigung angegangen
2. Die geeignete Form des politischen Zusammengehens ist die der Listenvereinigung
3. Zur Verbesserung der Startbedingungen für die Landtagswahl 2009 wird je nach regionaler Möglichkeit bei der Kommunalwahl 2008 die Kreistagswahl als Listenvereinigung angegangen. Zu den Wahlen zu den Städte- und Gemeindeparlamenten treten die regional verankerten Bürgerinitiativen unabhängig von der Kreis-Listenvereinigung an

Gezeichnet: für 50Plus: Dr. Müller, für AfW: Dr. Spangenberg, 10. Oktober 2007

Die Saat geht auf Gestaltungskonzept als Grundlage

Eberswalde (bbp). Die Saat der Freien Oberschule Finow geht auf. Das kann jeder sehen, der am Schulgebäude in der Biesenthaler Straße vorbeigeht. Die warme Witterung der letzten Tage führte dazu, daß die Grassamen im frisch angelegten Rasen sprießen. Aber auch sonst tut sich einiges in der neu entstehenden Schule. Den Tag der Offenen Tür am 1. März hatten zahlreiche Finower genutzt, um die Räumlichkeiten zu besichtigen und das Schulkonzept kennenzulernen. Inzwischen gingen die Arbeiten in und an der Schule weiter.

Bis zum 1. September soll eine ausreichende Zahl von Räumen soweit hergerichtet sein, daß der Unterricht beginnen kann. Inzwischen haben eine für den Schulbetrieb ausreichende Zahl von Schülerinnen und Schülern ihr Interesse bekundet. Einziges Hindernis ist derzeit noch immer die fehlende Zusage durch das Brandenburgische Bildungsministerium.



»In Kürze haben wir ein Gespräch mit den zuständigen Bearbeitern im Ministerium, um zu klären, warum die Bearbeitung so schleppend voran geht«, sagte der Stellvertretende Vereinsvorsitzende Günter Schumacher der BBP-Redaktion. »Wir sind zuversichtlich, daß die Genehmigung bald erteilt wird.« Dies sei vor allem wichtig, um den künftigen Schülern und ihren Eltern Sicherheit zu geben. »Aber auch unsere Sponsoren, die der Schule über die finanziell schwierige Anfangszeit hinweghelfen wollen«, so Schumacher, »sollten endlich Klarheit haben«. Notwendig ist die Entscheidung zudem für die Werbung weiterer Spender. »Wir planen beispielsweise die Einrichtung von Patenschaften für Kinder aus sozialschwachen Elternhäusern. Um auch ihnen den Besuch der Freien Oberschule Finow zu ermöglichen, suchen wir Paten, die bereit sind einen Teil des Schulgeldes zu spenden.«

Um weitere Schüler, Helfer und Sponsoren zu gewinnen, will der Schulverein auch seine Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen. Am 21. Mai sind die Eltern der bereits angemeldeten Schülerinnen und Schüler um 18 Uhr zu einer Elternversammlung in die Schule eingeladen. Natürlich sind da auch weitere Interessenten willkommen. Im Anschluß gibt es Bratwurst vom Grill. Einen weiteren Höhepunkt plant der Schulverein für den 9. Juni, ebenfalls um 18 Uhr, mit einem Filmabend zum Thema »Treibhäuser der Zukunft«. Bald wird die Freie Oberschule Finow auch eine eigene Internetseite haben. Auf der Vereinsversammlung am 23. April wurde die Internetpräsentation bereits vorgestellt.

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE hat der städtische Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt auf seiner Sitzung am 1. April die Rücknahme des vorgelegten Beschlusses zum Ausbau der Erich-Mühsam-Straße beschlossen. Der Baubeschluß soll erst wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn ein Konzept zur Gestaltung der Anliegerstraßen in den historischen Quartieren der Stadt Eberswalde vorliegt.

Die Fraktion DIE LINKE hat nun den Entwurf eines solchen Konzeptes vorgelegt. Sie schlägt vor, daß nach der ersten Lesung in der StVV-Sitzung am 24. April, im Mai eine öffentliche Auslegung des Konzeptes zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Deren Anregungen und Einwände könnten so bereits in der Juni-Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt beraten werden. Die Stadtverordneten hätten dann am 26. Juni die Gelegenheit, über das Konzept zu beschließen.

Die Fraktion DIE LINKE ist mehrheitlich der Auffassung, daß es im Interesse der Stadt Eberswalde liegt, die Gestaltung der historischen Quartiere weitgehend zu erhalten. Dazu gehört insbesondere die Ausführung der Anliegerstraßen als Pflasterstraßen nach historischem Vorbild unter weitgehender Nutzung des vorhandenen Materials. Die Straßenbeleuchtung sollte entsprechend dem Charakter

der Straße in den Quartieren einheitlich gestaltet werden. Ziel sollte außerdem sein, die vorhandenen Straßenbäume weitgehend zu erhalten und das historische Straßenbegleitgrün nach Möglichkeit wiederherzustellen. Dabei sollen Anpassungen an die heutigen Bedingungen und Bedürfnisse durchaus möglich sein. Insbesondere muß gewährleistet werden, daß die Gehwege und Straßenübergänge barrierefrei gestaltet werden.

Die Fraktion DIE LINKE ist sich bewußt, daß die historische Variante gegenüber einem generellen Ausbau der Anliegerstraßen mit Asphaltdecke unmittelbar einen höheren finanziellen Aufwand für die Stadt und für die Anlieger bedeutet. Im Falle der Mühsamstraße war zu erfahren, daß die dortigen Eigentümer mehrheitlich bereit sind, diesen Mehraufwand mitzutragen. Der Vorteil für die Stadt im ganzen liegt in der Gestaltung attraktiver Wohnquartiere und in der Reduzierung der langfristigen Folgekosten für die Instandhaltung.

Mit der Beschlußfassung über das von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte Konzept zur Gestaltung der Anliegerstraßen in den historischen Quartieren der Stadt Eberswalde würde im Geltungsbereich des Konzeptes eine langfristige Planungssicherheit hergestellt.

WOLFGANG SACHSE, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der StVV Eberswalde

Schulbuskosten:

Kreisverwaltung unehrlich

Bündnis 90/Die Grünen freuen sich über die Wiedereinführung der kostenlosen Schülerbeförderung im Barnim. Dies ist ein Erfolg des Kampfes auf verschiedenen Ebenen, insbesondere im Rahmen der entsprechenden Volksinitiative. Für die betroffenen Familien ist das sicher das Wichtigste.

Ganz ehrlich scheint uns die Vorgehensweise der Kreisverwaltung aber nicht zu sein. Schließlich hätte man auch im Rahmen des alten Gesetzes günstigere Bedingungen für die Eltern umsetzen können, wenn man das gewollt hätte. Es fällt daher schwer, zu glauben, daß die Aktionen von Landesregierung und Landrat nichts mit Wahlkampf zu tun haben.

Bündnis 90/Die Grünen werden auch in Zukunft darauf achten, wie in Land und Kreis mit dem Schülerverkehr umgegangen wird.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER
Fraktionsvorsitzender Grüne im Kreistag Barnim

Initiative Eisenbahnstraße

Die Eberswalder Grünen begrüßen die Initiative von Händlern und Gewerbetreibenden zur Belebung der Eisenbahnstraße ausdrücklich und bieten ihre Mitarbeit und Unterstützung an. Wir wünschen uns, daß Stadtverwaltung und Politik diese Initiative im Rahmen ihrer Einflußmöglichkeiten mit aller Kraft unter-

stützen. Wichtige und relativ kurzfristig umsetzbare Maßnahmen zur Erreichung der Ziele wären zum Beispiel die längst überfällige Verlagerung der B 167 in die Bergerstraße, eine Verlegung der Radwege auf die Fahrbahn und mehr Grün innerhalb der Straße. Endlich sollte auch der Abschnitt zwischen Puschkin- und Bergerstraße saniert werden. Dabei dürfen jedoch die Fehler, die im oberen Abschnitt gemacht wurden, nicht wiederholt werden. Die Einrichtung von Radstreifen auf der Fahrbahn würde zu mehr Platz und Gestaltungsmöglichkeiten auf den Fußwegen und zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer führen.

ANDREAS FENNERT, Stellv. Fraktionsvors.
Grüne/BFB in der StVV Eberswalde

Gegen Bahnprivatisierung

Eberswalde (afa). Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD-Barnim (AfA Barnim) sprach sich auf ihrer April-Sitzung einstimmig für die Unterstützung eines an den SPD-Parteirat gerichteten Briefes der SPD-Mitglieder Peter Conradi (Ex-MdB) und Lothar Mark (MdB) http://www.nachdenkenseiten.de/upload/pdf/080416_SPD-Parteirat_April.08.pdf aus. Für ihre mutige Initiative wünscht die AfA Barnim beiden Genossen maximale Erfolge, damit der »Privatisierungswahnsinn Deutsche Bahn AG« noch gestoppt werden kann und Volksvermögen nicht verscherbelt wird.

Blackwater und die Privatisierung militärischer Dienstleistungen

Schweyk in schwärzeren Gewässern

von Helmut Lindner

Der gute Schweyk, der ja lange verschollen war, wahrscheinlich hat er sich im Prager Grundbuchamt die Zeit damit vertrieben die Grundbuchakten zu fälschen um ins Geschäft mit Restitutionsansprüchen einzusteigen, aber auch das ist nicht ganz klar, kurz er ist wieder auf der Bildfläche erschienen und fischt in schwärzeren Gewässern. Leider ist der gute Schweyk ein rechtes Quasselmaul. Daher mußte die Gesprächsmit-schrift für die Veröffentlichung in der BBP geteilt werden. Hier nun Teil 1:

Sagen Sie, Gnädigste, wie steht es mit Ihrem Prozeß gegen Blackwater, ich hoffe, Sie haben einen guten Anwalt, denn den werden's schon brauchen. Stille Wasser sind tief, schwarze Gewässer vielleicht flacher, aber dafür so morastig, da kommen's nicht mehr so leicht heraus. Herr Schweyk, ich versteh kein Wort, weshalb sollte ich gegen Blackwater prozessieren, wie käme ich dazu, ich bin Journalistin und kein Prozeßhansel?

Ich mein ja nicht Sie persönlich, sondern Ihre Zeitung, die taz, mit ihrem Firmenlogo, der Tatzte, grad so wie bei Blackwater, der Firma, mit der Grizzlytatzte, der angeblich kein Auftrag zu schmutzig ist, wenn er nur gut bezahlt wird. Mit der Firma möchten Sie doch sicher nicht verwechselt werden! Da ist eine gerichtliche Klärung unvermeidlich.

Die Gefahr seh ich weniger, daß man uns verwechseln könnte. Wir arbeiten schließlich in verschiedenen Branchen. Blackwater ist im Kriegsgeschäft und wir sind eine Zeitung mitten im tiefsten Frieden. Ich bitt Sie. Der taz-Panther hat vier Krallen, der Blackwater-Grizzly fünf, da ist der Unterschied ganz klar.

Ja im Detail, da geb ich Ihnen recht, aber der allgemeine Eindruck, so aus der Distanz, also objektiv betrachtet, da sieht die Sache schon anders aus. Sie haben also nicht die Befürchtung, daß der unbefangene Leser angesichts des gemeinsamen Logos die taz für eine Tochtergesellschaft von Blackwater United halten könnte? Umgekehrt wärs vielleicht noch schlimmer!

Lieber Herr Schweyk, jetzt geht aber die Phantasie mit Ihnen durch, jetzt wirds absurd!

Ich seh, Sie haben eine schlechte Meinung über Blackwater, deshalb leugnen Sie die Verwechslungsgefahr. Sie können es sich einfach nicht vorstellen, weil Sie voreingenommen sind. Was heißt hier voreingenommen. Sie wissen doch wofür Blackwater steht, gewissenloses Söldnertum, die Freibeuter des 21. Jahrhunderts, die Prätorianergarde von Bush. Damit haben wir nichts zu tun, außer daß wir es zum Gegenstand unsere kritischen Berichterstattung machen.

Also jetzt übertreiben aber Sie, ich muß Sie doch um mehr Sachlichkeit bitten! Blackwater ist der größte contractor, der bedeutendste Vertragspartner der US-Regierung im Irak und in Afghanistan. Das sind sehr unsichere Länder, folglich braucht die Firma auch ein paar Sicherheitsleute, ehemalige Marines oder Mitglieder der Special Forces, die für komplizierte Si-

cherheitslagen geschult sind und diese professionell händeln, wie man heute sagt. Aber das sind die wenigsten, vielleicht um die 25 bis 40 000 Beschäftigte von insgesamt mehr als hunderttausend Mitarbeitern. Mehr weiß ich nicht, mehr steht auch nicht in Ihrer Zeitung.

Und ob, also Herr Schweyk, ich muß schon bitten, die taz hat über Blackwater ausführlich berichtet, die Erschießung von unbewaffneten Zivilisten in Bagdad, die nicht geahndet werden konnte, weil die »Mitarbeiter« dieser Firma, wie Sie sie schönfärberisch nennen, nicht der US-Militärjustiz unterworfen, aber auch für die irakische Justiz sakrosankt sind. Das belastete die Beziehungen zwischen der irakischen Regierung und den USA erheblich.

Ich bitt Sie, das geht doch an der Wirklichkeit vorbei. Da haben junge Leute, die einen schwierigen Job hatten, einmal die Nerven verloren. Das ist doch keine Staatsaffäre, das kommt doch täglich vor in Spannungsgebieten. Schön ist das nicht, aber unvermeidlich. Die daraus resultierenden Spannungen zwischen den USA und der irakischen Regierung sind schon lange beigelegt. Da hat ein Kurzbesuch von Condie Rice genügt, das war keine Staatsaffäre, das war business as usual.

Sie sind Journalistin, Sie sehen die Welt durch die Brille der potentiellen Schlagzeilen und mit moralischer Erregung. Ich bin Realist, ich seh die Dinge, wie sie sind, deshalb hat man mich auch superarbitriert, seinerzeit beim k.u.k. Militär, als staatlich anerkannten Halbdioten, aber deshalb versteh ich was vom Militär, das müssen Sie mir schon glauben. Da hab ich auch ein Gespür für die feinen Veränderungen in der Militärorganisation während der letzten Jahre. Mit dem Militär, da kenn ich mich aus, grad wie mit die Hunderl, wo ich in Prag gefangen und verkauft hab.

Früher, das könnens beim Hasek nachlesen, hat ein jeder Offizier seinen Burschen, seinen Putzleck, gehabt, der ihm die Stube gefegt, die Stiefel geputzt und die Kleidung in Ordnung gehalten hat. Er mußte ja schmuck aussehen, der Herr Offizier, wenn er in den Schützengraben, über den Appellplatz, oder zum Mulattieren ins Casino marschiert ist. Der Putzleck hat ihm sozusagen den Haushalt und wenn es sein mußte auch mal eine junge Dame zugeführt. Das ist alles aus dem Etat bezahlt worden. Deshalb waren die alten Armeen auch so personal-kostenintensiv.

Ich selbst bin bei verschiedenen Leuten als Putzleck engagiert gewesen. Damals hatte ein

Soldat viele Pflichten, natürlich sollte er ein guter Kämpfer sein, geschult in Bayonettkampf, wo man das Weiß in Auge des Feindes sieht; ein guter Schütze, der die Scheibe in der Mitte trifft und nicht verfehlt – na das war mit mir weniger zu machen, mit meinem Handicap. Aber das war noch nicht alles, es gab noch andere, viel wichtigere Dinge. Die Soldaten mußten Unterstände und Wege bauen, Kleinbahnen anlegen für den Munitionstransport, sie mußten vor allem die Truppen verpflegen und Feldküchen betreiben, dazu unzählige Magazine und Kantinen, von der Verwaltungsarbeit, auch bei der k.u.k. Armee kannte man die doppelte Buchführung – da mußte wirklich alles haarklein abgerechnet werden – ganz zu schweigen. Kurz auf einen echten Kämpfer an der Front kamen 9 Mann in der Etappe. Die hatten ein vergleichsweise gutes und sorgloses, ja freies, vielleicht sogar freizügiges Leben, weshalb der Krieg in den Memoiren der feinen Herren Offiziere eigentlich nie seine Anziehungskraft verloren hat.

Wer bei der Armee war, dem war das klar. Jedes Frontschwein – so nannte man die aktiven Truppenteile, die dem feindlichen Feuer ausgesetzt waren oder ihm zusetzten, blickte natürlich auf die Etappenhengste herab. Die Infanterie verachtete die Pioniere und mehr noch die Artillerie, die im sicheren Hinterland, der Etappe, operierten und deshalb den Ernst der Lage nie richtig beurteilen konnten.

Mit dieser Fettlebe, die schon zu meiner Zeit immer wieder kritisiert worden ist, sollte nun mal richtig aufgeräumt werden. Der Soldat sollte wieder das werden, wozu er ausgebildet worden ist, a man for action, wie man im Amerikanischen sagt. Der vielgescholtene Minister Rummsfeld hat das Problem endgültig gelöst; er hat die Armee verschlankt und einen wohlfeilen Krieg versprochen. 5 Milliarden Dollar sollte der Sturz Saddams kosten – reine Militärausgaben. Natürlich wurde die Sache etwas teurer, aber das ist bei allen Staatsaufträgen so, auch wenn sie nur eine Trambahn auf die Kleinseite bauen wollen.

Alle Tätigkeiten, die nicht mit dem unmittelbaren Kampfauftrag zu tun hatten, die staatsrechtlich gesprochen keine Hoheitsaufgaben im eigentlichen Sinn waren, also das Töten und Zerstören im Kampfauftrag, hat er privatisiert.

Im Deutschen fehlt die Vokabel, da kennt man nur das Nomen: Outsourcing.

Und da kommt Blackwater ins Spiel. Sehr schön gesagt, Herr Schweyk, ich bewundere Sie. Es geht um Privatisierung von Staatsaufgaben, ein neoliberales Konzept und seine politische Fragwürdigkeit. Da möchte ich schon etwas mehr von Ihnen wissen.

Sie liebe Leserinnen und Leser auch? Leider müssen wir Sie damit auf die nächste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« vertrösten.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Seit Jahren engagierst Du Dich für ein Sozialticket im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Warum?

Mir geht es darum, daß auch sozial Benachteiligte mobil sein können, um am gesellschaftlich-kulturellen Leben teilzunehmen. Mit dieser Forderung stehe ich in Eberswalde übrigens nicht allein. Ich erinnere da besonders an die Aktivitäten der Eberswalder Montagsdemo und die regionalen Erwerbslosenproteste im Jahr 1998. Damals wurde im Ergebnis der Proteste ein Sozialticket für den Landkreis Barnim eingeführt.

Das der Kreistag mit SPD/CDU-Mehrheit vor zwei Jahren wieder abgeschafft hat.

Ja, als im Jahr 2006 die finanziellen Zuweisungen des Landes an die Landkreise für den ÖPNV gekürzt wurden, kam das Aus. Seit dem kämpfe ich und die Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Volksinitiative Sozialticket für eine Lösung, die finanzierbar ist und nicht zu Lasten der eh schon klammen kommunalen Verkehrsbetriebe geht.

Seitdem sind mehrere Versuche gescheitert, das Sozialticket wieder einzuführen. Was motiviert Dich, dennoch immer weiter zu machen?

Es sind die vielen positiven Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, die mich motivieren. Während der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative im vorigen Jahr war ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen an 13 Wochenenden auf Plätzen, Straßen und bei Volksfesten im Einsatz. Der Zuspruch war enorm. Neun Zehntel der Gesprächspartner haben auch unterschrieben. Und viele waren dabei, die gar nicht anspruchsberechtigt wären. Demgegenüber finde ich es bedauerlich, daß

Unermüdlich für ein Sozialticket

Gespräch mit Carsten Zinn (ver.di)

die wirklich Betroffenen so selten mitmachen. Da würde ich mir manchmal mehr wünschen. Aber am Ende haben wir über 33.000 Unterschriften gesammelt. Das zeigt, daß wir nicht so verkehrt lagen.

Was den Landtag nicht daran hinderte, die Volksinitiative dann im Januar abzulehnen.

Das konnte keinen überraschen, der die vorhergehende politische Debatte verfolgt hatte. Die Arroganz der großen Koalition hat mich allerdings frustriert. Vor allem ärgerte mich, daß man nicht die Chance nutzte, sich mit den Beteiligten an einen Tisch zu setzen um Lösungen zu finden. Lösungen im Sinne der Betroffenen. Aber danach suchen die Regierenden ja gar nicht. Auch die plötzliche Kehrtwende in Sachen Sozialticket verfolgt leider nur parteitaktische Zwecke.

Ist es nicht positiv zu sehen, daß die Landesregierung nun versprochen hat, bis September ein solches Ticket einzuführen? Wird das Volksbegehren dadurch nicht überflüssig?

Das Volksbegehren ist wichtig, auch wenn wir bereit sind, es nach einem eventuellen Beschluß des Aufsichtsrates des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB), der am 22. Mai tagt, zurückzunehmen. Nur muß dieser Beschluß erstmal da sein. Im übrigen kann die jetzt von der Landesregierung vorgeschlagene Lösung für das sogenannte Mobilitätsticket nur ein erster Schritt sein. So recht zufrieden bin ich damit nicht. Das ist eher ein Job-Ticket für Geringverdiener. Für Erwerbslose ist es noch

immer zu teuer. Bedauerlich ist auch, daß über lokale Lösungen nun gar nicht mehr geredet wird. Betroffene in Eberswalde beispielsweise haben kaum Bedarf für ein Zwei-Waben-Ticket, wie es der Regierungsvorschlag vorsieht. Hier wäre ein – zudem preiswerteres – Ticket für den Stadtverkehr ausreichend.

Auch die Frage der Finanzierung ist weiter offen. Es kann aus meiner Sicht nicht sein, daß nun die Landkreise und kreisfreie Städte die Kosten tragen müssen. Nötig ist eine solidarische und nachhaltige Lösung mit dem Land. Meine Vision ist außerdem, daß in einem Koalitionspapier 2009 - egal welche Parteien in dieser Koalition sind - ein Berlin-Brandenburger Sozialticket für den gesamten Verkehrsverbund auf dem Programm stünde.

Für das Volksbegehren müssen 80.000 Unterschriften zusammen kommen, die in den Rathäusern geleistet werden müssen. Wie wollt ihr das schaffen?

In Brandenburg gibt es allein rund 160.000 Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften. Wenn nur die Hälfte davon mitmachen würde, hätten wir die nötige Anzahl zusammen. Das gilt natürlich auch für all die anderen beteiligten Verbände und Initiativen.

Carsten Zinn ist gesetzlicher Vertreter der Volksinitiative Für ein Sozialticket für den ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim
Link: www.ja-zum-sozialticket.de

Eberswalde (bbp). In seinem Beitrag »Unrechtmäßig verfolgt« (BBP 2/2008) berichtete K.-H. Blättermann darüber, wie er 2006 für zwei Monate in Untersuchungshaft kam, weil er wegen Erkrankung und Klinikeinweisung zu einem Gerichtstermin nicht erschien. Und das, obwohl er die Verhinderungsgründe, wie er sagt, dem Gericht vorher mitgeteilt hatte. In dem Gerichtsverfahren ging es übrigens, wie K.-H. Blättermann jetzt berichtete, um solche Kapitalverbrechen wie Fahren ohne Führerschein und Beleidigung von Beamten. Vorwürfe, die er weit von sich weist. Jedenfalls war die Untersuchungshaft offenbar rechtswidrig, denn Blättermann erhielt inzwischen die Mitteilung über eine Haftentschädigung.

Nach seiner Entlassung erstattete er gegen die verantwortlichen Staatsbeamten Strafanzeigen wegen »Einbruch, Sachbeschädigung und Diebstahl«, weil man während der Haftzeit seine Wohnung durchsucht und Gegenstände mitgenommen hatte. Die Versetzung des Eberswalder Wachenleiters Ronny K. im Herbst vergangenen Jahres sieht Blättermann als Strafversetzung in Folge seiner Anzeige.

Vor einigen Tagen erweiterte K.-H. Blättermann die Adressaten seiner Strafanzeigen um den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski. Auch ihm wirft er »Einbruch, Diebstahl

Strafanzeige gegen Bürgermeister

und Sachbeschädigung« vor. Allerdings betrifft das nur dessen Funktion als Dienstvorgesetzter des städtischen Vollstreckungsbeamten, der in Amtshilfe eine Forderung der LASA gegen Blättermann vollstrecken wollte. Die Forderung stammt schon aus dem Jahr 1999, als dieser auf Behördenweisung seinen Lebensmittelbetrieb schließen und daraufhin mehrere durch die LASA geförderte Beschäftigte vor Ablauf der Förderfrist entlassen mußte. Hintergrund für die Schließung sei die Forderung nach einem Anschluß an die öffentliche Wasserver- und -entsorgung gewesen, die aber nicht realisiert werden konnte.

Über die Zusammenhänge wurde sich K.-H. Blättermann erst kürzlich klar, als ein Mitarbeiter der Stadt bei ihm erschien und die Rückgabe der als gestohlen gemeldeten Wertsachen ankündigte. Dabei handelt es sich um eine Briefmarken- und Münzsammlung sowie um ein Jagdfernrohr in fünfstelligem Gesamtwert, wie Blättermann schätzt. Allerdings verweigerte er die Annahme, »da es keine Garantie für die Vollständigkeit bei der Rückgabe gibt« und zeigte stattdessen den Bürgermeister an. Die »Rückgabe der gestohlenen Wertsachen«, heißt es in der

Anzeige, »ist ein Eingeständnis des erfolgten Diebstahls mit Einbruch und Sachbeschädigung während meiner Inhaftierung vom 10.10.-13.12.2006«.

Damit nicht genug erfährt K.-H. Blättermann auch von anderer Seite Ungemach. Offenbar im Zusammenhang mit den geltend gemachten Forderungen wurden ihm sämtliche Konten gesperrt. Darunter auch eines seiner Mutter, für das er die Verfügungsberechtigung besitzt. Die Mutter, 88jährig und gehbehindert, ist in einem Pflegeheim untergebracht und hat ihren einzigen Sohn bevollmächtigt. Das Vermögen auf dem gesperrten Konto wird dafür verwendet, den Pflegeplatz zu bezahlen. Nun soll der Mutter per Gerichtsbeschluß ein Betreuer bestellt werden. Gegen die entsprechenden Beschlüsse hat K.-H. Blättermann inzwischen Beschwerde eingelegt und gleichzeitig beantragt, ihm per gerichtlichen Beschluß die Betreuung seiner Mutter zu übertragen. Vor allem befürchtet er, daß der im Mai anberaumte Anhörungstermin im Pflegeheim »ihren Gesundheitszustand noch weiter verschlechtern, wenn nicht sogar ihren Tod durch übermäßige Erregung verursachen« würde.

»Kleiner Mann ist abgebrannt im Osten irgendwo...«

Die Textzeile eines Liedes der Punkrockband OXO '86 ist eine bezeichnender Situationsansatz für viele Menschen im Osten unseres Landes. Gerade auch im Brandenburgischen Viertel, einem Stadtteil in Eberswalde.

Finanziell ganz unten in der Gesellschaft angekommen, stellen wir, die Menschen dieser unteren Schicht, oft einfache, aber über den Lebensalltag entscheidende Fragen. Wo sind die Hilfen? Wer hilft uns beim Ausfüllen der Anträge? Wer streitet und unterstützt uns vor den Sozialgerichten?

Nun wäre die Aussage zu einfach, die Gewerkschaften bieten uns diese Hilfe deutschlandweit. Aber es ist wie es ist. Auf Einladung der Gewerkschaft ver.di Bezirk Uckermark-Barnim fand eine Informationsveranstaltung am 3. April unter dem Motto »Arbeitslos, aber nicht wehrlos!« statt.

Der Veranstaltungsort war, wie so oft, wenn es um Protest und »Revolution« von unten geht – eine Kirchengemeinde. Der Sozialdiakon Hartwin Schulz der Gemeinde im Brandenburgischen Viertel, stellte uns seine Räume im Dietrich-Bonhoeffer-Haus zur Verfügung.

Der eingeladene Berliner Rechtsanwalt Ulf Wende gab eindrucksvoll für jedermann verständlich, sein Wissen und die daraus resultierenden Erfahrungen weiter. Sein Wissen erläuterte er im Zusammenhang mit der aktuellen Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit in Deutschland und belegte seine Aussagen anhand von Beispielen positiver aber auch für einen ALG II Empfänger negativer gesprochener Urteile.

Rechtsanwalt Ulf Wende fand Gehör bei 53 Teilnehmern dieser Veranstaltung. Es wurden viele Fragen an ihn gerichtet aber auch Bemerkungen und Erfahrungen wurden weitergegeben. So brachte es großes Erstaunen hervor, als Ulf Wende von Verstößen seitens ARGE und Job-Center gegen Artikel des Grundgesetzes berichtete und sprach. So sind, um ein Beispiel zu nennen die so genannten 1-Euro-Jobs ein Verstoß gegen Artikel 2 des Grundgesetzes.

Da das eine komplizierte Verfahrensweise ist, dagegen vorzugehen, beschränkten sich die Teilnehmer hauptsächlich auf alltägliche Fragen: Wird ein mögliches Erbe auf das ALG II angerechnet? Oder: Welches Fahrzeugfabrikat

ist ein angemessenes Kfz? Und: In welcher Höhe darf ich als Hartz IV Empfänger, Ersparnisse auf einem Spar- oder Girokonto haben? Und viele, viele mehr. Die unterschiedlich gestellten Fragen, wurden durch Rechtsanwalt Wende ausführlich beantwortet.

Trotz einer Teilnahme von 53 Menschen, drängt sich mir der Gedanke auf, daß bei dieser Veranstaltung zu wenig betroffene Menschen anwesend waren. Ich denke, das sich wehren gegen die Hartz-Gesetze und deren Regelungen und Bescheide muß intensiver werden und natürlich von den Betroffenen ausgehen.

Nichtsdestotrotz gilt es Danke zu sagen an Rechtsanwalt Ulf Wende und dem ver.di Bezirk Uckermark-Barnim mit ihrer Geschäftsführerin Marianne Wendt.

Ganz besonderen Dank gilt den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses, Sabine Schneider, Annett Reise-witz und Sylka Vensler für ihre aufopferungsvolle Vor- und Nachbereitungen!

»...die Jugend hat er hinter sich,
die Zukunft ebenso...«
RENÉ GLOEDE

Autorenlesung von und mit Volker Bauch aus seinem Bestseller-Roman

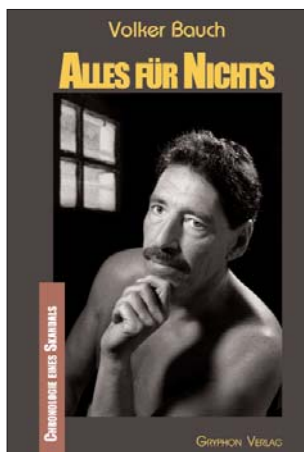
»ALLES für NICHTS«

Dieses Buch sorgt für Furore: Stellen Sie sich vor, Sie werden plötzlich Taten bezichtigt, die Sie nicht begangen haben. Sie beteuern Ihre Unschuld und niemand glaubt Ihnen. Sie werden verurteilt.

Sie flüchten, jagen hinter den wahren Verbrechern her, recherchieren, finden die Wahrheit heraus, werden wieder verhaftet. Sie geben alle Fakten und Beweise den ermittelnden Beamten und wieder glaubt man Ihnen nicht. Sie müssen für acht Jahre ins Gefängnis. Unschuld! So geschehen in der BRD.

Als Volker Bauch 1994 in die Fänge von skrupellosen Verbrechern gerät, beginnt für ihn ein Albtraum. Er verliert seine Existenz, Freunde und Verwandte wenden sich ab, die Justiz glaubt ihm nicht. Auf eigene Faust jagt er die wahren Täter, enttarnt deren Hintermänner, deckt eine international agierende Finanzmafia auf und findet die Beweise für seine Unschuld. Doch wieder glaubt ihm die Justiz nicht. Stattdessen bringen ihn unfähige Polizeibeamte, eine untätige und ignorante Staatsanwaltschaft zusammen mit einem befangenen Richter für insgesamt acht Jahre hinter Gitter.

Volker Bauch's autobiographischer Roman ist die wahre Geschichte eines Mannes, der bei seinem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit



durch die Hölle ging. Entstanden ist ein Buch von atemberaubender Intensität, schonungslos und zärtlich, grausam und idyllisch, eiskalt und leidenschaftlich, und das auf unerbittliche Weise das Versagen der Justiz aufzeigt.

Volker Bauch wurde am 28.06.1956 in Korbach/ Hessen geboren. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaft war er bei mehreren führenden Medien- und Musikunternehmen in leitender Funktion tätig. 1989 gründete er seine eigene Agentur. Unter seinem Künstlernamen Christopher Jones schrieb er zudem eine Vielzahl von Songs. Im Jahr 1994 geriet Volker Bauch in die Vorgänge, die sein Leben veränderten und ein Martyrium zur Folge hatten, das fast 13 Jahre lang andauerte. Eine Reihe namhafter Medien und TV-Sender haben über den Autor und sein Buch berichtet.

Am 26. April hat Volker Bauch in Bernau Episoden aus seiner atemberaubenden Lebensgeschichte vorgelesen und die Zuhörer begeistert. Der Erlös aus dem Kartenverkauf wird vom Volkskunst- und Kulturzentrum SCHATZHÜTER e.V. für gemeinnützige Zwecke verwendet (wie z.B. für sozio-kulturelle Kinder- und Jugendprojekte).

LINDA WEGNER

Präsenz der Demokraten

Bernau (bm). Mit einem Appell, rechtsextremen Parteien und Organisationen bei den Kommunalwahlen in Brandenburg nicht das Feld zu überlassen, endete am 26. April in Bernau die Konferenz »Gewerkschaften in Widerstand – Was lehrt das Jahr 1933?« Es komme darauf an, daß die demokratischen Kräfte in allen Kommunen präsent sind und die berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, so der Tenor der Tagung. Dr. Dagmar Enkelmann hatte dazu in die ehemalige Bundesschule des ADGB eingeladen. Mehr als 50 Teilnehmer aus Berlin und Brandenburg diskutierten u.a. darüber, warum die Weimarer Republik scheiterte und welche Schlußfolgerungen sich heute für die Zusammenarbeit der demokratischen Parteien und Organisationen ergeben. »Es gibt keinen Grund, beim Problem Rechtsextremismus Entwarnung zu geben«, hatte Enkelmann eingangs des Treffens betont. »Mehr denn je versuchen Parteien wie NPD oder DVU, in Kommunalvertretungen oder anderen öffentlichen Gremien Fuß zu fassen. Besonders in strukturschwachen ostdeutschen Regionen gilt es, demokratische und antifaschistische Bündnisse zu bilden und mit Leben zu erfüllen«, forderte die Politikerin. Bei der Tagung hatte auch der Vorsitzende des Betriebsrates der ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH, Holger Wachsmann, über die erfolgreiche langjährige Jugendarbeit in dem Unternehmen berichtet. Begleitet wurde die Tagung u.a. von einer informativen Ausstellung der Hans-Boeckler-Stiftung über die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung im Jahr 1933.

BÄRBEL MIERAU 9

Nicht nur gegen, sondern für etwas sein

Die gegenwärtige Wasserpolitik ist unbrauchbar

Es waren ein Dutzend, die an der Veranstaltung auf Einladung der Aktionsgruppe Barnim des Netzwerkes »Wasser in Bürgerhand« am 24. April in der Fachhochschule teilnahmen. Studenten und Bürgerbewegte sehen sich in der Pflicht, gemeinsam mehr zu tun, um einer neuen Wasserpolitik nicht nur auf dem »dünnen Papier«, wie es das novellierte Brandenburgische Wassergesetz darstellt, sondern in der Praxis zum Durchbruch zu verhelfen.

75 Jahre hat es gedauert bis Berlin seine Abwässer aus den Haushalten nicht mehr über den Rinnstein, sondern durch den Kanal ableitete. Soviel Zeit steht uns unter dem drohenden Wassermangel infolge des Klimawandels nicht mehr zu Verfügung, um ihm entgegenzuwirken. Viele Menschen haben es schon verstanden, daß Nachhaltiges getan werden muß, aber es muß noch viel mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden, um auch den maßgeblichen Verwaltungsorganen klar zu machen, daß nicht die Ökonomie, sondern die Einsicht in die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels zur Erhaltung der Natur und eines erträglichen Lebens in unserem Land die Prämisse bilden muß. Klimawandel und Wasserhaushalt sind sich gegenseitig beeinflussende Größen, die nicht von allein kommen, sondern insbesondere durch das Wirtschaften des Menschen

auf der Erde beeinflusst werden.

Dabei spielen die Wasserkreisläufe, wie es seit langem wissenschaftlich nachgewiesen ist, eine wesentliche Rolle. Viel mehr noch als alles Kohlendioxid, Methan und Stickoxid. Die Anteile des Wasserdampfes in der empfindlichen Atmosphäre sind gegenüber den genannten Gasen mehr als das 10-fache höher und kühlen durch ihre Anwesenheit aufgrund der besonderen Eigenschaften des Wassers unseren Erdball. Wo es an Kühlung fehlt, kommt es zu Überhitzungen, die das Leben vernichten können (Dürre). Oder es tritt großflächig ein Abschmelzen der Gletscher und Polkappen ein, was unweigerlich Überflutungen ungeheuren Ausmaßes zur Folge hat.

Die Wissenschaft hat längst erkannt, ausgereifte Technologien geben es her, biologische und klimatische Abläufe beweisen es: die gegenwärtig betriebene Wasserpolitik ist nicht brauchbar! Sie geht in die falsche Richtung, wenn sie weiter dem Lobbyismus der profitorientierten Wirtschaft folgt. Sie schadet sich letztendlich selbst, weil sie keinen Ausweg aus der verfahrenen Situation des Kanalwesens weist. Ein gut funktionierender Wasserkreislauf zur Mehrfachverwendung einmal gewonnenen Trinkwassers ist viel effektiver und umweltchonender als jedes Großklärwerk mit Ablei-

tung des stets nur teilgereinigten Abwassers in einen Vorfluter.

Statt lädierte Zweckverbände mit Subventionen zu sanieren, sollten die Mittel für einen Rückbau überdimensionierter Klärwerke und die Verwendung des Wassers nach weiterführender Reinigung in die dürstenden Gebiete des Landes eingesetzt werden.

Statt Flächenstillegungen zu subventionieren und Neuflächen für Biospritkulturen anzulegen, sollten großflächig Aufforstungen zur Schaffung kleiner Wasserkreisläufe gefördert werden. Und vor allem sollte sofort dem Fällen alter Bäume mit gesunden riesigen Laub- oder Nadelkronen Einhalt geboten werden, weil der vielleicht neu gepflanzte Jungstamm erst in Jahrzehnten den Wasserhalte- und Luftreinigungseffekt bringt, wie es der ausgewachsene Baum kann.

Wer mehr zu diesem hoch brisanten Thema wissen oder beitragen möchte, ist gern zur Vergrößerung der Teilnehmerrunde und Weiterverbreitung unsere Ideen gesehen. Wir wollen Blockaden überwinden, dem Neuen, Nachhaltigen und von breiter Mitwirkung Getragenen zum Durchbruch verhelfen.

Auf Wiedersehen beim nächsten Treffen. Wir werden informieren.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

»Baumschutzsatzung in Eberswalde nicht notwendig«

Eberswalde (bbp). »Alle Baumpflege- und Baumfällarbeiten, die an Straßen und auf städtischen Liegenschaften erfolgen und Bäume betreffen, die gemäß Landesbaumschutzverordnung geschützt sind, erfolgen seitens der Stadt nur, wenn diese von der UNB (untere Naturschutzbehörde) genehmigt sind. Diese Genehmigungen sind überwiegend mit Ersatzpflanzungen verbunden, die seitens der Verwaltung termingerecht umgesetzt werden, wenn die erforderlichen Haushaltsmittel für den Baumschutz bereitstehen.« Diese Antwort erhielt der Stadtverordnete Ingo Naumann (Grüne/BFB) vor einem Jahr, als er nach der Situation in Eberswalde nach dem Auslaufen der Eberswalder Baumschutzsatzung fragte. Im Allgemeinen sind nach der Landesbaumschutzverordnung Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 60 cm geschützt. Ausnahmen macht die Verordnung bei Grundstücken mit bis zu zwei Wohneinheiten. Hier gilt für bestimmte Baumarten 190 cm Stammumfang als Grenze. Bei den durch die Stadtverwaltung im Jahr 2006 gefällten Bäumen, versicherte die Sachbearbeiterin für Grünanlagen Christin Zierach, »handelte es sich ausschließlich um Bäume mit Erkrankungen und Bäume, bei denen die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet war. So wurde 2006 z.B. die Fällung von mehreren Pappeln im Brandenburgischen Viertel und im Leibnizviertel erforderlich, weil diese Bäume ihr Endlebensalter

erreicht hatten und somit eine Gefahr von ihnen ausging.« In diesem Jahr wurde als neuer Grund für Fällungen im Brandenburgischen Viertel die Gefährdung für unter der Erde liegende Versorgungsleitungen angegeben (BBP 3/2008).

Über die Baumfällungen auf privaten Grundstücken, dazu gehört auch die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), hat die Verwaltung keinen Überblick. Diesen dürfte aber die UNB besitzen, »da hier die UNB gegebenenfalls erforderliche Genehmigungen zum Baumschutz erteilt.«

Die Verwaltung begrüße die mit der Landesbaumschutzverordnung verbundene Deregulierung. »Auch wenn mit dieser neuen Regelung einerseits zunächst vermehrte Baumfällungen nicht auszuschließen waren, kann sie andererseits jedoch auch Bürgerinnen und Bürger veranlassen, wieder neue kleinere Bäume auf ihren Grundstücken neu zu pflanzen.« Es sei geboten, »die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu animieren und zu unterstützen, Bäume neu zu pflanzen und vorhandene zu pflegen (Baumpatenschaften). So könnte zum Beispiel das im Jahr 2002 ausgelaufene städtische Förderprogramm zu Umweltprojekten neu belebt werden oder eine Haushaltstelle zukünftig neu eingerichtet werden, über die Bürger die Kosten für die Anschaffung eines Baumes zur Verfügung gestellt bekommen, den sie dann auf zugewiesenen Orten im öffentlichen Raum pflanzen und pflegen

können. Durch konkrete Vorschläge und Vorgaben zum Mitmachen bei finanzieller Unterstützung seitens der Stadt, würden sicher einige Bürger bereit sein, mehr für das Stadtgrün zu tun.«

Die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung für die Stadt Eberswalde hielt die Verwaltung nicht für notwendig. Allerdings sollten bei Auslaufen der Landesbaumschutzverordnung Ende 2009 »Überlegungen zum Baumschutz in der Stadt Eberswalde angestellt werden, die klare Regeln für die Bürger und die Grundstückseigentümer vorgeben.«

Baumpflanzaktion

Eberswalde (prest-ew). Gegenwärtig sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Baubetriebshofes dabei, 50 Bäume im Stadtgebiet zu pflanzen. Die Bäume sind zum Teil Ersatzpflanzungen, die von der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim gefordert wurden, nachdem Fällgenehmigungen durch die Stadt beantragt wurden. Auch durch Krankheiten und andere Schäden wurde das Straßengrün in Mitleidenschaft gezogen und wird nun ersetzt. Künftig schmücken dann Blumen-Esche, Rotdorne, Ahome, Linden und Eichen die Breitscheid-, Danckelmann-, Schiller-, Werbelliner-, Lausitzer- und Breite Straße sowie die Dr.-Gillwald-Höhe.

Geht`s jetzt den Kolkkraben an den Kragen?

Jüngst erteilte der Umweltausschuß des Brandenburger Landtages eine Abschlußfreigabe für Nebelkrähen und Elstern. Diese Rabenvögel würden sich, weil sie angeblich keine natürlichen Feinde hätten, zu stark vermehren und seltene Singvögel sowie Niederwild dezimieren. In meinem Artikel »Zur Abschlußfreigabe von Nebelkrähen und Elstern« (Barnimblog; www.bar-blog.de) empfahl ich den Ausschußmitgliedern im Vorfeld ihrer Entscheidung die Einholung eines klugen Rates von Ornithologen. So hätten sie sich derartige Peinlichkeiten an Unkenntnis erspart.

Jetzt berichtet die Märkische Oderzeitung über Kolkkraben, die in Groß Schönebeck nach Angabe von Landwirten sechs Kälber getötet haben sollen. Dies klingt nicht weniger abenteuerlich. Denn die Experten Prof. Dr. Dieter Wallschläger und Dr. Angelika Brehme vom Institut für Ökologie der Universität Potsdam haben solch ein den Raben angedichtetes Verhaltensmuster bereits vor Jahren durch wissenschaftliche Studien widerlegt. Nachzulesen im Internet-Artikel »Freispruch für die Galgenvögel«. Auch der Ornithologe Bernd Heinrich relativiert in seinem Buch »Die Weisheit der Raben« derartige Vorwürfe gegen »Killerraben«. Demnach beseitigen Kolkkraben als »Kadaver-Recycler« nur kranke oder tote Lämmer und Kälber, sind aber nicht in der Lage, sie zu töten.

Als Kommentator schreibt Norbert Wilke, Vorsitzender der GRÜNEN LIGA Brandenburg, im Barnim-Blog über ähnliche Beobachtungen: »Anfang der 70er Jahre gab es ornitholo-

gische Exkursionen nach Mecklenburg. Berliner und Brandenburger Naturfreunde pilgerten in Scharen ins nördliche Nachbarland. In der Nähe der Ivenacker Eichen gab es eine besondere Attraktion – ein Kolkkrabenbrutpaar. Der Vogel war in der DDR nahezu ausgestorben. Der Weitsicht vieler Förster und Naturschutzhelfer ist es zu verdanken, daß sich der Vogel wieder vermehren konnte. Sie schützten die Brutplätze der Raben. Kolkkraben sind sehr intelligente Vögel, in der germanischen Mythologie sind sie heilige Vögel. In den 90er Jahren gab es die ersten Gerüchte – Jungraben sollen über Mutterkühe und Schafe hergefallen sein. Tagelang beobachtete ich Mutterkuhherden in der Uckermark. Tatsächlich fanden sich hier viele Raben ein. Überfälle auf Tiere habe ich nicht beobachtet, mehrfach jedoch schlechte Weidehygiene. Nachgeburten wurden natürlich von den Raben entsorgt. Verendete Kälber auch. Zwischen dem eingetretenen Tod eines Kalbes und dem ersten Kontakt des Raben mit dem Aas lag oftmals mehr als eine Stunde. Raben haben eine wichtige Rolle als Gesundheitspolizei. Die Freigabe der Vögel für den Abschluß wäre fachlich unsinnig und würde gegen europäisches Artenrecht verstoßen [...]«.

Was steckt also dahinter, wenn Kolkkraben zu Übeltätern gemacht werden sollen? Offensichtlich will die Brandenburger Bauern- und Jägerlobby Druck auf die Politik machen, um nach den Kormoranen, Nebelkrähen und Elstern zum nächsten großen Schlag gegen den Tier-, Umwelt- und Naturschutz auszuholen. Schon 1995 wurde hierzu ein ähnlicher Vorstoß gewagt, der aber ins Leere lief. Scheinbar

ist nun der Boden bereitet und die Zeit reif für ein »en garde«. Den lästigen Kolkkraben, die teilweise in Schwärmen auf Äcker einfallen und den Landwirten die Feldfrüchte wegfressen, soll es endlich an den Kragen gehen. Eine derartige Konkurrenz für den Menschen darf natürlich nicht geduldet werden. Als nächstes würden dann wohl die Stare dran sein, weil sie Kirschbäume plündern. Gründe für den Abschluß sollten sich da wohl immer finden!

Werden die Lobbyisten ihre Ziele, Ausnahmegenehmigungen zum Abschluß oder vielleicht sogar die Aufhebung des Schutzstatus für den Kolkkraben, erreichen? Wie wird sich der zuständige Brandenburgische Umweltminister und Jagdscheininhaber Woidke zu dieser Problematik positionieren? Auch die Rolle des Umweltausschusses im Brandenburger Landtag sowie die des Landesumweltamtes dürfte interessant sein. Und was wird die Biosphäre dazu sagen?

Werden diesmal – anders als beim Thema Nebelkrähen und Elstern – endlich Ornithologen zu Rate gezogen werden, um die Problematik auf eine fachliche und sachliche Grundlage zu stellen? Oder ganz anders gefragt: Leben wir vielmehr in einer Lobbydemokratie, wo die demokratische Durchsetzungsfähigkeit des Einzelnen auf ein Minimum eingedampft wird und einflußreiche Gruppen, wider dem Gemeinwohl und entgegen jeglicher Vernunft, immer mehr das Sagen haben?

Dr. ANDREAS STEINER,
GRÜNE LIGA Brandenburg

Arbeitszeitverkürzung ist das Thema

Zu: »Die Zinsen verursachen die Probleme« von Andy Losch in BBP 4/2008

Die Aprilausgabe der BBP enthielt eine Replik von Andy Losch auf den Beitrag von Dr. Rainer Thiel »Grundeinkommen oder Arbeitszeitverkürzung plus Mindestlohn?« (BBP 2/2008). Darin verteidigte Andy Losch das Konzept vom bedingungslosen Grundeinkommen, warf Dr. Thiel aber zugleich eine »paternalistische Denkweise« vor. Gegenüber der BBP-Redaktion kündigte Dr. Thiel eine Antwort an, auch unter Einbeziehung der Wortmeldungen von Andy Losch zum Thema »Gerechte Verteilung« (BBP 1 und 2/2008). Da ihn die Mitarbeit an der Online-Zeitung »Artikel Eins« (www.artikel-eins.com) sehr stark in Anspruch nimmt, müssen wir vorerst mit einigen Bemerkungen vorlieb nehmen, die Dr. Rainer Thiel an die BBP-Redaktion sandte:

Zum Text von Andy Losch, der meinen Beitrag in BBP 2/08 betrifft, möchte ich anmerken, daß Andy Losch die Zeitweiligkeit von Grundeinkommen und Hartz IV sachlich und logisch in eine falsche Relation zueinander setzt, um dann meine Position als »paternalistisch« und jedes Projekt zeitweiliges Grundeinkommen als unkorrekt unterstellen zu können. Eine so pau-

schale Unterstellung wäre nur dann fair gewesen, wenn sie Herr Losch durch Beachtung der Gesamtheit meiner Argumente gerechtfertigt hätte. Übereinstimmung von bedingungslosem Grundeinkommen und andauerndem Hartz IV sehe ich allerdings in den Effekten der Entsozialisierung. Ich weiß, daß Entsozialisierung ein fürchterlicher Effekt von Hartz IV ist. Auf dieses Gleis sollte man niemanden locken, indem man von einem »Recht auf Faulheit« spricht. Damit rückt man auch die Hartz-Betroffenen in ein falsches Licht: Fast alle sehnen sich nämlich danach, endlich wieder einen ordentlichen Arbeitsplatz zu haben.

Diskussion ist gut, aber entweder muß sie sich auf die Gesamtheit vorgetragener Argumente beziehen, oder man muß relativieren und damit erkennen lassen, daß man sich als Diskutant etwas herausgepickt hat, um dem Leser eine emotionale, subjektive Äußerung schmackhaft zu machen.

Mein eigentliches Projekt ist aber Arbeitszeitverkürzung/Arbeitsfairteilen, das ich in meiner www.thiel-dialektik.de ausführlich begründet habe und gemeinsam mit Freunden vertrete.

Stadtplan für Grundschüler

Das Kinder- und Jugendparlamentes (KJP) Eberswalde engagiert sich für einen Kinderstadtplan für die Grundschüler. Die »normalen« Stadtpläne sind für Kinder wenig ansprechend. Oft kennen sie nur ihren eigenen Stadtteil. Daher soll der Kinderstadtplan sie auch für Attraktionen und Spielmöglichkeiten in anderen Stadtteilen begeistern. Die Kinder sollen ihre Stadt besser kennenlernen. Wichtige Einrichtungen und Anlaufstellen werden auf der Rückseite des Stadtplanes zu finden sein. Die erste Auflage (5.000 Exemplare) des Kinderstadtplanes soll im September an alle Grundschüler der Stadt kostenlos ausgegeben werden. Ab dem nächsten Jahr sollen dann die neu eingeschulten Kinder jeweils ein Exemplar erhalten. Außerdem soll ein Exemplar in die Begrüßungsmappe für zugezogene Familien mit Kindern kommen. Das KJP möchte mit dieser Aktion auch einen Beitrag auf dem Weg der Stadt Eberswalde zu einer kinderfreundlichen Stadt leisten. Zur Umsetzung dieses Projektes werden noch Sponsoren und Spender gesucht. Jeder Euro hilft! Weitere Informationen sind unter kjp-eberswalde@telta.de oder unter (0162) 71 66 198 erhältlich.

MARTIN HOECK, Vorsitzender des KJP

Erinnerungen an eine dramatische Zeit (Teil II)

Mein Jahr Achtundsechzig

Der Osten: Gegen Dogmatismus, die Allmacht der Apparate und ineffektive Wirtschaft

In Teil I dieser Erinnerungen standen die Ereignisse im Westen Europas im Mittelpunkt. Bei uns im Osten lagen die Dinge anders. »Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren« – nein, den gab es nicht mehr, dafür hatte der Neuaufbau der Universitäten gesorgt. Autoritäre Strukturen waren allerdings zum Teil wieder gewachsen, doch nicht mit postfaschistischem Hintergrund.

Den Konflikt der Generationen empfand ich nicht so scharf wie im Westen. Hier regierten nicht die alten Eliten, die die Entwicklung vom Kaiserreich bis zur Nazidiktatur nahezu bruchlos mitgemacht hatten. In vielen Führungspositionen saßen ehemalige KZ-Häftlinge und antifaschistische Emigranten.

Manche pflegten allerdings realitätsferne Dogmatik und bequemen Kommandostil. Auch kamen prinzipienlose Karrieristen nach oben, die mit radikalen Phrasen nur ihre Posten verteidigten. Diese Probleme waren schon vor der Gründung der DDR aktuell und bis zu ihrem Untergang nicht bewältigt. Doch antifaschistischer Protest gegen die Regierenden – das war im Osten kein Thema. Die wirtschaftlichen Probleme der DDR waren nicht gelöst. Aber nach 1961 hatte sich die Situation deutlich entspannt, wozu neben dem Mauerbau vielleicht auch die inzwischen begonnene Wirtschaftsreform beigetragen hatte.

Dezember 1967. Ein Gremium der Volkskammer erarbeitet den Text einer neuen Verfassung. Er lag eines Tages als Broschüre in jedem Briefkasten. Vorangestellt war ein Brief Walter Ulbrichts an die »lieben Mitbürger«: »Ich möchte Sie herzlich bitten, an der großen Volksaussprache über den Entwurf der neuen Verfassung teilzunehmen und Ihre Meinung und Ihre Gedanken der Kommission der Volkskammer mitzuteilen.« Ja, wenn ich so nett gebeten wurde... Notwendig war die neue Verfassung, denn die alte entsprach weder dem seit 1952 veränderten Staatsaufbau noch den sich durch den Aufbau des Sozialismus wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen. Eine Verfassungsdiskussion war zu begrüßen. So etwas hatte es im bürgerlichen Deutschland nicht gegeben.

Ich hatte über den XX. Parteitag der KPdSU nachgedacht und daraus Schlüsse gezogen. Außerdem kam mir ein Fall zur Kenntnis, den ich sicherer beurteilen konnte als Chruschtschows widersprüchliche Beschuldigungen gegen den Mann, dem er viele Jahre gedient hatte, auch bei dem, was er nun Verbrechen nannte. Wir Rostocker Biologen hatten seit etwa 1960 fasziniert das Entstehen einer neuen Wissenschaft verfolgt, das Entschlüsseln der materiellen Grundlagen der Vererbung, die Entdeckung der Spiralgestalt der DNS, des genetischen Code und des Mechanismus der Eiweißsynthese. In Eberswalde kam mir nun Anfang 1968 beim Stöbern in der Bibliothek der stenographische Bericht einer Tagung der Landwirtschaftsakademie der UdSSR (Präsident: T. D.

Lysenko) in die Hände. Sie hatte fast genau vor 20 Jahren, im August 1948, stattgefunden. Ihr einziger Zweck war, die Genetiker der Sowjetunion wegen »idealistischer« Positionen in Acht und Bann zu tun. Ihnen, die bisher die Entwicklung ihrer Wissenschaft mitbestimmt hatten, war fortan die Weiterarbeit verboten. Wenige Jahre später war klar, daß sie recht gehabt hatten. Aber der Fortschritt der Molekulargenetik fand fortan in den USA statt.

Keine Frage, man mußte alles tun, um Machtmißbrauch und Willkür durch bessere öffentliche Kontrolle der staatlichen Strukturen zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt las ich den Verfassungsentwurf. Vieles fand meine Zustimmung, wenn auch die Verfassungswirklichkeit oft im Widerspruch zu den Verfassungsbestimmungen stand. Sehr bedenklich fand ich die Häufung der Vollmachten des Staatsrates. Dieser hatte neben den üblichen Aufgaben des Staatsoberhauptes auch exekutive Befugnisse, die Aufsicht über die Gerichte und die Funktionen eines Verfassungsgerichts. Meine Änderungsvorschläge wollte ich in der Gewerkschaftsgruppe diskutieren. Überraschend wurde ich aber in eine Runde gerufen, in der auch höhere Parteiinstanzen und die Bezirksparteischule vertreten waren. Dort begründete ich meine Meinung, stärker auf Trennung der Gewalten, vor allem auf unabhängige Justiz zu achten, mit den geschichtlichen Erfahrungen. Die demokratischen Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen sollten im Sozialismus ausgebaut, nicht abgebaut werden. Das widersprach der Konzeption von der Diktatur des Proletariats und wurde nicht akzeptiert. Ich behauptete mich aber in der Diskussion nicht schlecht, dank der guten Schulung durch die »Gewi«-Leute der Rostocker Philosophischen Fakultät. Für einen Nachwuchswissenschaftler, der gerade erst an der Akademie angefangen hatte, also zunächst fachliches Können und festen Klassenstandpunkt beweisen sollte und noch keinen Rückhalt im Institut hatte, war die Sache gewagt (noch gewagter meine späteren Stellungnahmen zur Intervention in der CSSR). Aber es ging gut. Eine Anfrage wegen Parteieintritts war die einzige spürbare Folge.

Schreiber von Erinnerungen bekennen häufig, irgendwann Gedichte verfaßt zu haben. Für meine Versuche wurde der 1967 erschienene Lyrikband »Extravaganzenbrevier« von Pablo Neruda zur Offenbarung. Meine Produkte aus dieser Zeit waren voller Wut, Doppelsinn und

Ironie. Ich goß in sie allen angesammelten Frust hinein. Dazu gab es genügend Anlässe, wenn ich an das ewige Reglementieren, die Gängelei im Kultur- und Wissenschaftsbereich, die formelhaften Argumente, die oft einfalllose Agitation dachte. Ein aktueller Fall war »Nachdenken über Christa T.«. Christa Wolfs Buch kam 1968 nur zögerlich in die Buchläden. Die darin auf neuartige Weise behandelten Probleme hatten die Bedenken der Kulturpäpste erregt. In einem der Gedichte erklärte ich mich gegen den Wind (er singt Lieder ohne Lizenz, er kümmert sich nicht um Verkehrsregeln), gegen den Frühling (sein Wirken ist planlos, er schafft Unordnung), gegen die Dichter (Gewohntes sagen sie fremdartig, man weiß nie, ob man sie versteht). Solche Angriffe auf geistige Verkrustungen waren natürlich für die Schublade geschrieben, kein Gedanke an Veröffentlichung. War ich doch ein »Achtundsechziger«? Ich wollte weder die DDR noch den Sozialismus abschaffen, aber sehr entschieden ihre offensichtlichen Mängel. Was wollten eigentlich die Tschechen? Darüber war ich mir noch nicht schlüssig.



Huynh Phuong Dong, 1965: »Boot«, Lithographie. Eines der Bilder aus der Vietnamausstellung 1968.

Plötzlich war Vietnam in aller Munde. Im Februar 1968 überraschte die Têt-Offensive der FNL (im Westen: »Viet-Cong«) die Amerikaner komplett. Sie wurden förmlich überrollt; weite Teile Südvietnams, besonders des fruchtbaren Mekong-Deltas, gerieten zeitweilig unter Kontrolle der Befreiungsbewegung. Nur mit großer Mühe war die FNL noch einmal zurückzudrängen, aber die Verluste der USA stiegen gewaltig. Ich fuhr nach Berlin zur FNL-Vertretung und besorgte mir Material für eine Ausstellung in meinem Institut. Ich erhielt Informationsmaterial, dazu 60 großformatige Pressefotos von den Kämpfen im Süden und mehr als 80 ausgezeichnete Reproduktionen von Arbeiten südvietnamesischer Künstler, denen man die Qualität ihrer Ausbildung in Frankreich ansah. Die Ausstellung vermittelte ich über meinen Vater an meine Heimatstadt weiter. Sie wurde in der Altmark gezeigt und erbrachte 12.000 Mark an Spenden. Hier sah ich mich vorbehaltlos an der Seite der westdeutschen Studentenbewegung.

Aber ich hatte auch einen sehr persönlichen Grund für mein Engagement. Beruflich hatte ich auch mit Herbiziden (Pflanzengiften) zu tun, darunter mit dem Wirkstoff 2,4,5-Trich-

lorphenoxyessigsäure (2,4,5-T). Die entsprechende 2,4-Dichlorverbindung (2, 4-D), ein Gräserherbizid, wurde während des 2. Weltkriegs in den USA als chemischer Kampfstoff zur Vernichtung der japanischen Reisernte entwickelt, aber nicht mehr eingesetzt. 2,4,5-T eignete sich je nach Dosis zur Vernichtung bzw. Entlaubung von Gehölzen. Die Amerikaner benutzten es zusammen mit 2,4-D als »Agent Orange« im Dschungelkrieg in Vietnam, zur Entlaubung, aber auch zunehmend gegen die Reisernte in den von der Befreiungsfront kontrollierten Gebieten (die Bombardierung der Deiche des Roten Flusses in Nordvietnam bezweckte die Vernichtung der dortigen Reisernte). Nach Grümmer (damals Greifswald) sind 1966/68 jährlich 2 bis 3 Millionen Hektar besprüht worden, davon ca. 20% Reisfelder. Es bedurfte nicht des Massakers von My Lai (Juni 1968), um klarzustellen, daß die Armeeführung der USA buchstäblich den Genozid einkalkulierte. Grümmer hatte noch nicht über die entsetzlichen toxischen Folgen der Kampfmitteleinsätze, vor allem die Mißbildungen, berichten können. Später konnten US-Forscher (die Armee versuchte sie mit Fleiß aus Vietnam herauszuhalten) nachweisen, daß dafür ein unbeachtetes Nebenprodukt der Wirkstoffproduktion verantwortlich war, das sogenannte Seveso-Gift 2,3,7,8-Tetrachlordibenzo-1,4-dioxin (TCDD). Das hatte damals niemand gewußt, nur die eigentlichen Wirkstoffe waren geprüft worden. Wenn die Militärs davon erfahren hätten – wäre die Anwendung unterblieben? Für die juristische Bewertung der Einsätze ist das belanglos: es war versuchter Völkermord.

Als 1967 erste Details der Herbizideinsätze bekannt wurden, ging ein Sturm durch die wissenschaftliche Szene der USA. Man konnte das vor allem in »Science«, dem Fachorgan Naturwissenschaftler, nachlesen. Viele namhafte Forscher bezogen gegen den Herbizidmißbrauch Stellung, forderten Stop der Einsätze und Untersuchungen vor Ort. Darunter waren auch einige führende Pflanzenphysiologen, die ich auf Tagungen kennengelernt hatte, so einer der besten Experten für den natürlichen Laubfall der Gehölze (dieses Fachgebiet hatte wichtigen Kenntnisvorlauf für die Entwicklung von Entlaubungsmitteln geschaffen). Die Kritiker, obwohl sie die Prominenz eher auf ihrer Seite hatten, waren nicht die Mehrheit der community. Doch half ihr Protest bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit. Zum baldigen Stop der Bombardierung Nordvietnams, zum Beginn der Verhandlungen, zum Rücktritt von Verteidigungsminister McNamara im Februar 1968 haben auch sie beigetragen.

ROLF RICHTER

Benutzte Literatur
G. GRÜMMER, Herbizide in Vietnam. Berlin/DDR 1969.
R. LUMER, McNamara. Ein Mann denkt um. Leipzig/Jena/Berlin 1989.
Abkürzungen
FNL - Front National de Liberation (Nationale Befreiungsfront Südvietsnams); Gewi - Studienfach Gesellschaftswissenschaften (später ML).

Ehrung von Kapustin & Janow

Es war wohl das letztemal, daß die Kranzniederlegung für die Opfer des Flugzeugabsturzes 1966 für die Piloten Kapustin & Janow am sowjetischen Ehrenmal in Finow stattfand. Wieder einmal versammelten sich am 6. April rund 25 Personen, um hier ein stilles Gedenken bei launischem und kaltem Aprilwetter durchzuführen. Viele Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft, Mitglieder der LINKEN aus Fraktion, Stadtverband und Basisorganisation, sowie etliche andere Gedenkende waren vertreten. Nur die Stadt Eberswalde schickte leider (trotz Einladung) niemanden zur Ehrung der beiden Piloten.

Liegt es vielleicht daran, das es sich bei der Ehrung um damalige sowjetische Soldaten handelt und man nun glaubt endgültig mit diesem Kapitel der Geschichte abgeschlossen zu haben? Oder lag es nur daran, das sich der Herr Bürgermeister gern jeden Tag in der Presse sieht, aber ausgerechnet an diesem Sonntag mal einen dienstfreien Tag auserkoren hat?

Wie dem auch sei. Fakt ist, das es hier auch um die Erinnerung an Zeiten geht, die politisch nicht zu den einfachsten in der deutschen Geschichte zu zählen sind. Und gerade deshalb ist es so wichtig, hier nicht nur der 2 Piloten zu denken, sondern auch der 2 Menschen und Familienväter, die sicher gern noch weiter ihr Leben genossen hätten.

Warum also diese Ehrung an dieser Stelle zum letztenmal? Im Zuge einer Denkmalneuroorganisation soll diese Stätte eingeebnet werden, und das Gedenken soll dann auf dem sowjetischen Friedhof in Eberswalde-Westend stattfinden, der auch dazu eigens neu hergerichtet werden soll. Wenn man sieht, in welchem erbärmlichen Zustand die Finower Gedenkstätte sich derzeit befindet, kann man Verständnis für dieses Vorgehen aufbringen. An einer zentralen Stätte ist sicher leichter etwas zu pflegen oder zu kontrollieren, als an zahlreichen Standorten. Und die Stadt bemüht sich, aus der jetzigen Westender Anlage eine respektable und akzeptierte Ehrungsstätte entstehen zu lassen. Dies geschieht auch unter der planerischen

Mitwirkung von Mitgliedern der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft, die schon einige dieser Anlagen in anderen Städten erfolgreich mit umgestaltet haben. Wir wünschen allen Beteiligten eine glückliche Hand.

Wünschenswert wäre es noch, das die Platte, die an die 2 Piloten erinnert und aus Privatbesitz stammt, wieder einen öffentlichen Platz zur Ehrung erhalten wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies in Westend oder an der Gedenkstelle Freienwalder Straße sein wird. Nur die stete Zugänglichkeit sollte für jeden Bürger erhalten bleiben.

JÖRG SCHNEIDERIT,
SV Eberswalde DIE LINKE



Bürger aus Berlin, Potsdam, Bernau und Eberswalde gedachten am 6. April der bei einem Flugzeugabsturz über Westberlin ums Leben gekommenen Finower Piloten B.W. Kapustin und J.N. Janow. Unter ihnen zwei Frauen, die früher in Rostow am Don lebten und mit der Witwe Galina Kapustina befreundet sind. Sie überbrachten ihre herzlichen Grüße. Galina Kapustina hat Deutschland und Eberswalde in guter Erinnerung. Mit ihr stehen die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und die AG-Gedenkstätten Barnim in brieflichem Kontakt. Die Freundschaftsgesellschaft schlägt vor, künftig die Gedenktafel auf dem sowjetischen Ehrenmal in Eberswalde, Freienwalder Straße zu integrieren. Hier könnte die Tat der beiden Piloten weiter geehrt werden.

Pflege von Gedenksteinen

Eberswalde (mh). Am 19. April haben sechs Mitglieder der Reservistenkameradschaft (RK) »Alter Fritz« Eberswalde/Barnim für die Friedhofsverwaltung Eberswalde an zwei Denkmälern auf dem Friedhof in Finow gearbeitet. Dabei handelt es sich um einen Gedenkstein für verschleppte und getötete Bürger aus der Sowjetunion, Polen und Italien während des zweiten Weltkrieges und um einen Gedenkstein für die Opfer des Kapp-Putsches. Diese beiden Stätten sollen nun durch die Friedhofsverwaltung neu bepflanzt werden. Dazu war es notwendig, Baumstümpfe, Sträucher und Gestrüpp zu entfernen.

Die RK »Alter Fritz« ist eine Untergliederung des Verbandes der Reservisten der deutschen Bundeswehr (VdRBw) e.V., der aus Mitteln des Verteidigungshaushaltes mitfinanziert wird und seinen Auftrag direkt vom Deutschen Bundestag erhält.

»Wir sehen eine unserer vordringlichsten Aufgaben in der Pflege von Gräbern und Denkmälern für alle Opfer von Krieg, Gewalt und Terror«, sagt der Pressesprecher der RK, Martin Hoeck. »Nach dem Leitsatz: 'Versöhnung über den Gräbern' bieten wir der Stadt an, auch weiter ehrenamtlich bei der Pflege von Gedenkstätten zu helfen«, so Hoeck weiter.

Hier in Schweden kann man noch von typischem Aprilwetter reden. Sonne und Regen wechselten sich ab. In den letzten Tagen aber hatten wir richtig schönes Sonnenwetter. Die Temperaturen stiegen auf 15 bis 18 Grad und man fühlte sich nach dem langen, dunklen Winter wie im Hochsommer. Kurze Hosen und T-Shirts wurden aus dem Schrank geholt und der erste Sonnenbrand hinterließ seine Spuren. Das Wetter war einfach umwerfend schön.

Ich habe einen sehr entspannten April hinter mir. Ich traf mich öfter mit meinen Freunden, gemeinsam gingen wir dann im Outlet-Center shoppen, mein 5. Schwedischkurs begann im April und ich habe einen Schwedischtest gemacht. Auch mit dem im Januar begonnenen Joggen habe ich noch nicht aufgehört.

Meine Familie war am ersten April-Weekende in Paris und natürlich auch im Disneyland. Die Kinder überraschten mich dann am Montag mit einem Goofy Kugelschreiber, einer Goofy Dose, einer Goofy Figur und das beste, mit Goofy Hausschuhen. Die Familie war nur drei Tage in Frankreich. Aber Oscar (6) sagte zu seinen Eltern, daß er gerne wieder nach Hause möchte, weil ich hier bin und er mit mir spielen möchte. Ja, das wird noch schwierig, wenn Anfang Juli mein Jahr in Schweden zu Ende ist. Aber Anna (4) hat mich schon zu Ihrem Geburtstag im September eingeladen. Ich hoffe, daß ich dann auch kommen kann.

Die Feierei kam in diesem Monat nicht zu kurz. In Norrtälje verbrachte ich dann einen wunderschönen Geburtstag bei einem ukrainischen Au pair. Wir kennen uns von Anfang an und sie hatte alle zu sich eingeladen. Ihre Gastfamilie wohnt auf einer Insel. Sie haben dort nur einen Nachbarn. Also ganz schön

»Hundertwasserprojekt«

Während der Herbstferien 2007 besuchte die Kunstlehrerin der Klasse 5b der Grundschule Schwärzensee, Frau Henkel, das Hundertwasserhaus in Magdeburg und fotografierte dort viele Details. Im Innenhof stand ein Stuhl, der schief, bunt und total verrückt – eben wie ein Hundertwasserstuhl – aussah. Nach den Ferien sahen sich die Schüler die Bilder an und waren total begeistert. Es begann die Idee zu reifen, ebenfalls Dinge mit Pappmaché so umzugestalten, als hätte dies der Künstler Hundertwasser getan. In Gruppen geteilt begannen die Schüler, mit Bastelkleber Toilettenpapier u.ä. Dinge Schicht für Schicht über den Untergrund zu kleben. Feinheiten wie Kronen, Pilze, Lehnen, Totenköpfe u.ä. wurden eingearbeitet. Nach vielen Kunst- und WAT-Stunden, in denen Design und Umgestaltung Themen waren, ging es ans Bemalen mit Acryl-Farben. Etwas Glitter und eine abschließende Lackschicht beendeten nach monatelanger Arbeit das Stuhl-Projekt. Das Ergebnis sind gebrauchsfähige Stühle, die später in Klassenräumen z.B. als »Geburtstagsstuhl« fungieren sollen.

Klasse 5b der GS Schwärzensee

Ein Jahr in Schweden: Neunter Monat – April

»... der weiß nicht, was er will!«

Marie Lange arbeitet als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie über ihre Erlebnisse und Erfahrungen.



In **Norrtälje**, knapp 70 km nördlich von Stockholm, leben 16.000 Menschen. Die Stadt, die zugleich Hauptort der gleichnamigen 2.000 km² großen Gemeinde. Gegründet wurde Norrtälje im Jahr 1622 von dem berühmten König Gustav II. Adolf, der 1632 in der Schlacht bei Lützen den Tod fand.

abgeschieden. Dafür ist das Wasser gleich vor der Tür. An jenem Wochenende hatten wir den ersten richtig schönen Sonnenschein, man fühlte sich also wie im Urlaub.

Am letzten April-Samstag war ich dann noch zu einer Grillparty bei einer guten Freundin in Stocksund (nördlich von Stockholm) eingeladen. Wir fütterten uns durch haufenweise Salat, Kuchen, Marshmallows, Würstchen und Fleisch und danach hüpfen wir alle auf dem riesigen Trampolin, das bei ihrer Familie im Garten steht. Später holte ich dann noch meine Gitarre raus und wir sangen gemeinsam ein paar Lieder. Leider kühlte es sich dann aber doch noch ganz schön ab über Nacht, so daß wir uns dann bald zum Aufbruch entschlossen.

Am 30. April feiern die Schweden ganz traditionell in den Mai hinein. Wie bei uns, heißt es auch hier Walpurgisnacht (Valborgsmässoafton) und wird besonders groß in der Studentenstadt Uppsala gefeiert. Dazu trifft man sich an einem großen Feuer, man singt und tanzt gemeinsam, trinkt auch ein wenig und feiert dann bis in den Morgen hinein.

Ich treffe mich jetzt seit einer Woche fast schon regelmäßig mit einer schwedischen Freundin, die auch als Au pair arbeitet und bei mir in der Nähe wohnt. Wir haben viel gemeinsam unternommen, viel gelacht und eine Menge Spaß gehabt. Für mich ist das schon ein großes Glück Ella kennengelernt zu haben. Ich habe so die Möglichkeit viel besser Schwedisch zu lernen und sie lernt so Deutsch von mir.

Am 18. April absolvierte ich einen Schwedischtest, den so genannten Swedex. Mit dem Bestehen des Swedextests, erhält man eine Berechtigung in Schweden arbeiten zu können. Es gibt auch noch den Tisustest, der einen berechtigt, in Schweden zu studieren. Dieser Test ist auf Gymnasialniveau und so gut bin ich dann doch noch nicht in der schwedischen Sprache. Gerade der schriftliche Teil soll nicht so einfach sein. Der Swedextest hat zwei-

Abstufungen. Ich habe erst mal den leichteren Test gemacht, weil ich sehen wollte, wie es funktioniert. Im Juni kann ich dann noch die schwerere Variante machen.

Der Test ist in mehrere Teilbereiche unterteilt. Man beginnt mit einem Lesetest, bei dem Texte zu lesen und zu verstehen sind. Man muß dann die richtige Antwort ankreuzen und Texte zuordnen. Dann gibt es noch den Grammatiktest. Hier bekommt man einen vorgegebenen Text, in welchem Wörter fehlen, das passende Wort, es stehen drei zu Auswahl, muß man dann ankreuzen. Ich war ja mal wieder ganz aus dem Häuschen, als wir (es haben vier Personen den Test gemacht, davon drei deutsche Au pairs) im Grammatiktest einen Text über ABBA bekamen. Ich hoffe ich habe in diesem Teil keine Fehler gemacht. Dann hatten wir eine Pause und danach kam der Hörtest. Wir hörten eine CD mit Radioaufnahmen an und mußten dann wieder die richtige Antwort ankreuzen. zuletzt mußten wir noch einen 30 Wörter langen Text als Antwort auf eine kurze Email schreiben.

Nach einer kleinen Pause ging es dann zum mündlichen Teil. In acht Minuten sollten wir uns erst vorstellen. Dann wurde uns ein Bild gezeigt, zu dem wir uns äußern mußten und zum Schluß sollten wir noch Fragen zu einem anderen Bild stellen.

Das Resultat des Tests bekommen wir leider erst nach 4 Wochen, aber wir hoffen alle auf gute Ergebnisse, denn so schwer war der Test dann doch nicht.

Der Sonnenschein läßt uns hier alle an Urlaub denken und nicht ans arbeiten. Für den Mai habe ich gleich am Anfang eine kleine Überraschung geplant, aber dazu kann ich mich momentan natürlich noch nicht äußern, sonst wäre es ja keine Überraschung mehr.

Ich hoffe ihr habt auch so schönes Wetter wie wir.

Hejdå Marie

Mathematik mit Marx und Engels

Im Bundesministerium für Bildung und Forschung, welches 2008 zum »Jahr der Mathematik« kürte, sind Anhänger der Lehre von Marx und Engels sicherlich eher selten. Doch auch die »Klassiker des M/L« haben sich intensiv mit Mathematik beschäftigt.

Um es gleich vorweg zu nehmen, Marx und Engels waren keine Mathematiker, haben kein Mathematiklehrbuch geschrieben, und beim Mathematikstudium lernt man nichts über die mathematischen Schriften von Marx und Engels. Beide waren aber im Gegensatz zu den meisten heutigen Führungskräften und Entscheidungsträgern, die mitunter sogar stolz sind ihre mangelhaften Mathematikkenntnisse zu verbreiten, sehr gut mit dem mathematischen Wissen ihrer Zeit vertraut. Dieses war eine Grundlage für den dialektischen Materialismus zu den weltanschaulichen Grundproblemen der Mathematik, welche in dem Werk von Engels »Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft« dargelegt wurden.

Zu den wichtigsten Erkenntnissen zählen: Die Mathematik steht in Wechselbeziehung zur Entwicklung der Gesellschaft. Die von der Mathematik untersuchten Objekte und Sachverhalte sind Abstraktionen, die aus der Realität entstammen, und sie dient der Anwendung in der Praxis. Die Praxis ist auch für die Mathematik das Kriterium der Wahrheit, und die Mathematik ist den Gesetzen der Dialektik unterworfen.

In dem erst viele Jahre nach seinem Tod veröffentlichten Werk »Dialektik der Natur« ist ebenfalls das Beschäftigen von Engels mit der Mathematik zu finden. Unter anderem ist dort sehr gut, anhand praktischer Beispiele, eine Interpretation der Differentialrechnung beschrieben.

Die mathematischen Manuskripte von Marx waren den Lesern in der DDR nur schwer zugänglich. Erst 1968 sind sie in Moskau veröffentlicht worden. Das Schicksal der mathematischen Manuskripte von Marx ist nahezu abenteuerlich. Die hinterlassenen Manuskripte von Marx gelangten in das Archiv der deutschen Sozialdemokratie. An den Direktor des Moskauer Marx-Engels-Instituts schrieb Lenin: »... Können wir nicht bei den Scheidemann und Co. die Briefe von Marx und Engels kaufen (das ist doch eine käufliche Bande)? Oder Fotokopien kaufen?« Daraufhin fuhr der Direktor des

Marx-Engels-Instituts nach Berlin und erreichte, daß viele Fotokopien der Manuskripte von Marx angefertigt wurden. Ca. 1000 Fotokopien betrafen Arbeiten zur Mathematik, welche 1925 in das Marx-Engels-Institut gelangten. Anfang der 30er Jahre begannen wenige Historiker sich mit diesen Manuskripten zu beschäftigen, aber erst 1954 verteidigte einer von ihnen seine Dissertation zum mathematischen Erbe von Marx. Marx hatte oft auf den Rändern der Handschriften Bemerkungen geschrieben, und in den 60er Jahren sollte geklärt werden, welche Quellen Marx benutzt hatte. Daraufhin durchkämmten sowjetische Wissenschaftler genauestens die Bestände des Britischen Museums und anderer Bibliotheken. In fast allen Fällen gelang es die ursprünglichen Quellen zu finden. In der DDR durchforschte der deutsche Mathematiker Hans Wußing* die Bibliotheksbestände, um die von Marx benutzte Literatur zu ermitteln.

Heute lagern die mathematischen Manuskripte von Marx in Moskau. In diesen Werken prophezeite Marx der Anwendung mathematischer Methoden in den Gesellschaftswissenschaften eine bahnbrechende Zukunft.

Zu der Zeit, als Marx und Engels lebten, waren solche Fachbereiche der Mathematik wie Spieltheorie, Synergetik oder mathematische Statistik noch nicht entstanden. Gerade in diesen Bereichen bietet sich eine Anwendung in den Gesellschaftswissenschaften an. Man überlege, eine Gesellschaft in der alle gleich sind, ist nicht möglich, weil jedes System eine Struktur entwickelt. Aber ein System, was jedem Element die maximale Freiheit zusichert, erzeugt den maximalen Schaden für das System, und damit für die Gesellschaft. Auf dem Gebiet der Anwendungen mathematischer Methoden in den Gesellschaftswissenschaften erfolgen in der BRD die Forschungen nicht in den Universitäten, sondern bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

Dr. ULRICH POFAHL

* Hans Wußing ist noch heute aktiv, erst vor wenigen Wochen erschien bei Springer sein Buch »6000 Jahre Mathematik«

Harrys Killertrip

Seiner Mutter sel., der »Königin der Herzen«, hatte es nichts ausgemacht, sich vormittags bei einer Antiminenaktion mit einem verstümmelten Afrikanerbaby auf dem Arm ablichten zu lassen und abends mit dem Waffenhändler Dodi ins Bett zu gehen.

Nun macht Sohn Harry, zwar schon 23, aber offenbar noch immer vorpubertierend, auf seine Weise Schlagzeilen – ärger als damals mit der Naziarmbinde oder beim Koma-Saufen. Jung-Harry hatte sich klammheimlich zum Hindukusch aufgemacht, ganz und gar freiwillig, der Jüngling mußte hin wie Old Shatterhand in den Wilden Westen. Es, die Kampf- und Heldenmacke, war stärker als er. Ein paar Wochen mußten die Londoner Pubs ohne ihn auskommen, und es wären wahrscheinlich Jahre geworden, hätte nicht ein »Presseorgan« »vorzeitig« was verlauten lassen. Zufällig ein paar Tage vor der in den NATO-Stäben hoch gefürchteten Frühjahrsoffensive der Taliban, bei der die Fetzen fliegen würden. In einer Sondermaschine wurde Prinz Harry samt Leibgarde von der Bühne geholt, auf der er den blutigen Clown zu geben hatte. Damit war auch der Deal erledigt, den die Agitprop-Sekretäre der Windsors und des Kriegsministers mit der Presse vereinbart hatten. Schweigen gegen Exklusivfotos vom Enkel der Queen. Und Textmaterial, das frisch-fröhliche Geplapper des pickligen Jünglings inclusive. 30 Gotteskrieger will das Jungmonster ins Jenseits befördert haben. Locker vom Hocker. Auf einem solchen hockte er, ein MG vor der Trichterbrust, als er »in action« abgefilmt wurde, und ballerte geradeaus in die Wüste, immer mal zum Kameramann zwinkernd. Dann fuhr er mit einem nietenagelneuen Moped (»...vom Prinzen persönlich erbeutet«, tatsächlich aber dem Fundus der Propagandakompagnie zugehörig) ein paar Runden inmitten eines Rundlings, den Panzer bildeten. Kreuzgefährlicher Auftritt. In der Sageweise eines Sandkastenkindes schwärmte die Nr. 3 der Thronfolge vom Essen aus dem Kochgeschirr und vom eigentlichen Hauptvergnügen des Einsatzes – er habe sich tagelang nicht waschen müssen. Zu sehen war Harry auch auf Streife durch Kabul, im Hubschrauber und sonstwo, wobei es die Kriegsfilmer immer schafften, die königlichen Leibwächter aus dem Bild zu halten.

Nun ist das Spektakel beendet. Daß Prinz Harry, selbst wenn er wirklich 30 Menschen getötet haben sollte, geistig und seelisch darunter leidet wie viele andere Hindukusch- oder Bagdadheimkehrer, ist nicht zu befürchten. Um den Verstand zu verlieren, muß man erst einmal einen haben. Die These, daß die Jahrhunderte währende Inzucht des Adels zu einer Idiotenquote weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt geführt habe, scheint sich auch in Old England zu bestätigen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Draufsichten, Ansichten, Einsichten

Bernau (bbp). Im Rahmen ihrer Reihe politischer Diskussions- und Bildungsveranstaltungen »DRAUFSICHTEN, ANSICHTEN, EINSICHTEN« lädt der Stadtverband Bernau der Linken am 5. Mai zum Thema »Der Mißbrauch der Gewerkschaftsschule Bernau durch die Faschisten« in den Meyer-Wittwer-Bau der Gewerkschaftsschule in Bernau-Waldfrieden ein. Referent ist Dr. phil. Sc. Wolfgang Heyn aus Bernau. Die Veranstaltung beginnt um 17.30 Uhr.

Bereits am 14. Mai, dann wieder wie üblich um 19 Uhr im Treff 23 (Kulturhof Bernau, Breitscheidstraße 43a) findet die nächste Veranstaltung statt zum Thema »Welche Chancen hat eine sozialistische Alternative in Kuba und Venezuela?«. Eingeladen sind Botschaftsangehörige aus beiden Staaten und Mitglieder der Bernauer »Cuba si«-Gruppe.

Foto- und Bilderwettbewerb:

»Eberswalde blüht auf«

Eberswalde (prest-ew). Die Lokale Agenda 21 Eberswalde e. V., ALNUS e.V. und die Stadt Eberswalde rufen unter dem Motto »Unsere Stadt blüht auf« bis 30.Juni 2008 zur Teilnahme am Foto- und Bilderwettbewerb auf. Gesucht werden individuelle Kunstwerke in Form von Bildern oder Fotos vom diesjährigen »Aufblühen« in Eberswalde. Die eindruckvollsten Einsendungen werden im Juli in einer Ausstellung im Rathaus mit Sach- und Geldpreisen im Wert von 500 Euro gewürdigt. Bedingung für die Teilnahme am Wettbewerb ist, daß die Inspirationsquelle für das »eingefangene Aufblühen« in Eberswalde liegt. Das Kunstwerk muß mit den folgenden Angaben versehen sein: Titel und Datum des Kunstwerks sowie kurze Lagebeschreibung, Name, Anschrift, Telefonnummer, Mailadresse und Alter. Je Teilnehmer werden maximal 3 Bilder bis A4 Format angenommen. Teilnehmen darf jeder. Jurymitglieder sind ausgenommen. Der Einsendeschluß ist der 30.Juni 2008.

Die Kunstwerke werden im Museum Adler-Apotheke in der Steinstraße 3, 16225 Eberswalde, entgegen genommen. Kindertagesstätten und Schulen haben sogar doppelte Chance zu gewinnen. Der Stadtbummel und das Altstadt-Carrée rufen unter dem gleichen Motto zu einem »Schaufensterwettbewerb« auf (Ansprechpartner: Johannes Giebertmann & Nadine Peinelt, Telefon: 03334/657424, e-Mail: alnus@fh-eberswalde.de).

Strike-Bike Nr. 2

Wir momentan 21 Nordhäuser Fahrradwerker bitten Euch um solidarische Unterstützung bei unserem Ziel, bis 15. Mai Bestellungen für 2.000 Stück Fahrräder der Marken »Black Edition« & »Red Edition«, zu erhalten. Wie im unserem Aufruf beschrieben ist diese Aktion für unseren Produktionsstart zum 1. Mai von äußerster Wichtigkeit. Wir bitten alle uns unterstützenden Personen und Institutionen diesen Aufruf schnellstmöglich im Kreise aller Freunde, Verwandten, Kollegen und Bekannten weiterzuleiten. Informationen zu dieser Aktion könnt Ihr auf unseren Internetseiten www.strike-bike.de oder aber auch telefonisch unter: 0173/3907544 oder 0172/5730084 erhalten.

die Mitarbeiter der Firma
Strike Bike GmbH in Nordhausen

Nacht der Offenen Kirchen

Pfingstsonntag, Maria-Magdalenen-Kirche
20 Uhr Bläserchor der Ev.Stadtkirchengemeinde
21 Uhr Kirchenchor der Stadtkirchengemeinde
22 Uhr Kirchenführung
22 Uhr Westend-Gospel-Singers
22.30 Uhr Lesung Gedichte von Jutta Biering
23 Uhr Meditative Orgelmusik
St. Peter und Paul Kirche (Schicklerstrasse)
20.45 Uhr Männerchor mit Lob- und Abendliedern, Meditative Orgelmusik (Familie Settke)
21.30 Uhr Lesung Gedichte von Jutta Biering
22.30 Uhr Gesang und Gitarre
(K. Wachler und B. Debernitz)

Sozialtour 2008

Auch 2008 nimmt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Barnim (AfA Barnim) am 1. Mai in Eberswalde am Demonstrationzug des DGB und seinen Einzelgewerkschaften teil. Anschließend unterhält sie mit den Jusos auf dem Eberswalder Marktplatz einen Informationsstand. Um 12 Uhr schließt sich die traditionelle AfA-Sozialtour an, die unter dem Motto »Radeln für das Sozialticket Brandenburg« steht. Mit dem Fahrrad geht es vom Marktplatz (Treffpunkt ist AfA-Stand) über den Treidelweg entlang des malerischen alten Finow-Kanals zum Schiffshebewerk Niederfinow. Zwischendurch wird an jeweils zwei Stationen (Stecher Schleuse und Schiffshebewerk) für ein Picknick Rast gemacht. Dort lädt die AfA Barnim zu Kaffee, Kuchen und kühlen Getränken ein. Nur bei strömenden Regen wird die Sozialtour nicht stattfinden.

Mit der Sozialtour wirbt die AfA Barnim diesmal für die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg. In einer Volksinitiative hat ein breites Bündnis letztes Jahr rund 33.000 Unterschriften dafür gesammelt. Der bislang erfolgreiche politische Druck auf die Brandenburger Regierungskoalition darf aber nicht nachlassen. Nun heißt es wachsam zu sein, damit uns keine »Mogelpackung« untergeschoben, sondern ein im Sinne der Anspruchsberechtigten ausgestaltetes Sozialticket unter sinnvollen, fairen und nachhaltigen Angebotsbedingungen auf den Weg gebracht wird. Vor diesem Hintergrund rufen wir die Bürgerinnen und Bürger auf, in den Ämtern ihre Unterschrift für das vom 28. April bis 27. August laufende Volksbegehren Sozialticket Brandenburg zu leisten.

Dr. ANDREAS STEINER, AfA Barnim

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:
2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Brdbg. Freundschaftsges., Groß, Lange, Markmann

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 26. April 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 24.5.2008, 12 Uhr.